

Die Schweiz in Liquidation!



Valentin J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Rund drei Jahrzehnte sind vergangen, als ich im Nationalrat die Aussage wagte, die zwei wichtigsten Berufsgattungen für die Existenz eines Staates seien die Bauern und die Militärs.

Und erntete dafür hämische Kritik vom damaligen Anführer der Sozialisten, dem Basler Nationalrat Helmut Hubacher.

Ungefähr zur gleichen Zeit schrieb ich einen Aufsatz zur politischen Bedeutung des schweizerischen Bundesstaates. Und bezeichnete das Ergebnis der oft schmerzvollen Werdung im Laufe der Jahrhunderte und insbesondere im 19. und 20. Jahrhundert als so glücklich,

POSTCODE 1

AZB 3001 Bern

dass man die föderalistische, subsidiär organisierte, direktdemokratische Schweiz jetzt erfinden müsste, gäbe es sie nicht.

Und bezeichnen derweise wurde diese Aussage etwas später durch die seinerzeitige sozialistische Bundesrätin Dreyfuss attackiert mit ihrer Aussage: «Es sei ihr nicht wichtig, ob die Schweiz als selbstständiger Staat zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch existiere oder nicht.

Was passiert mit unserer Landwirtschaft?

Dass sie unter Druck steht, kann mit wenigen Hinweisen verbindlich belegt werden:

– **Der grüne Franken** ist in den letzten 25 Jahren massiv abgewertet worden. Konnte der Bauer 1980 mit dem Ertrag von 251 Milch (= 20 Franken) noch eine Handwerker-Stunde bezahlen, braucht er heute mindestens 1001 Milch (= 70 Franken), um die gleiche ausserbetriebliche Leistung abgelten zu können.

– Trotz aller «Fortschritte» in Züchtung (von Pflanzen und Tieren) und Rationalisierung der Arbeit (Mechanisierung, Motorisierung), trotz bedeutender Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen (= Direktzahlungen) ist das **Einkommen der bäuerlichen Familien** bis zu 20% und mehr hinter vergleichbaren Einkommen in der übrigen Wirtschaft zurückgeblieben.

Das Resultat ist bekannt. In den letzten 15 Jahren ist die Zahl der Bauernbetriebe in unserem Land von über 90 000 auf rund 60 000 zurückgegangen. Das entspricht auch einem Verlust von rund 30 000 selbstständigen Arbeitsplätzen. Dies – nachdem 1975 noch 133 000 Landwirtschaftsbetriebe gezählt worden waren. Zwischen 1955 und 1975 nahm übrigens die Zahl der hauptberuflich in der Landwirtschaft tätigen Männer um 144 000 ab. Und das Betriebs-Sterben und die Vernichtung von Arbeitsplätzen gehen ziellos weiter. Niemand weiss, wann der «Gesundungschrumpfung» – oder ist es eher eine «Tot-Schrumpfung» – genug sein soll.

Vor einem Jahr stellte ich in dieser Zeitung auf Grund der aktuellen bundesrätlichen Politik die Frage: **Muss die bäuerliche Landwirtschaft sterben?**

Wenn man sieht, dass auch die Nachfolgerin von Bundesrat Deiss



Der Bauboom mit seinem ungebremsten Bodenverschleiss und die unverändert hohe Einwanderung vernichten unser wertvolles Kulturland.

bereits wieder für landwirtschaftliche Freihandelsabkommen weibelt, ist die Antwort klar. Zudem verfolgt der Bundesrat weiterhin das strategische Ziel des Beitrittes zur EU – und ein Beitritt brächte ganz klar die Liquidierung einer auf die Bedürfnisse des eigenen Volkes ausgerichteten Landwirtschaft. Zu diesem Thema noch drei prominente Stimmen:

Prof. Dr. Hans W. Popp, früherer Vizedirektor der Abt. für Landwirtschaft, schrieb in einem Artikel (Zeit-Fragen Nr. 21/2006 – S. 11f) u.a.: **«Der von der WTO und einigen Ländern angestrebte, uneingeschränkte Agrarhandel ist kein taugliches politisches Konzept – kein gutes für die Landwirtschaft der EU und noch weniger für die grosse Masse der Menschen in den Entwicklungsländern.»**

Der ehemalige französische Landwirtschaftsminister und EU-Kommissar **Edgar Pisani** vermerkt in

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Wird die Schweiz zum englischsprachigen Land?
- 5 Tränen, Kränze und Schweigeminuten
- 6 Leben und Umwelt
- 8 Wie der Islam Europa erobert, 2. Teil
- 9 Junge Stimme
- 10 Aus den Kantonen

Die Schweiz in Liquidation

Fortsetzung von Seite 1

seinem Buch «Un viel homme et la terre»: **«Mit der Liberalisierung der Agrarmärkte gefährden wir das Wesen und die Vielfalt der bäuerlichen Kulturen, wir missachten die Bedürfnisse der Völker, nach ihrer Art zu leben, vom Ertrag ihrer Bauernarbeit. Mit der weltweiten Industrialisierung der Landwirtschaft vertreiben wir die Bauern – 50% der Erdbevölkerung – in die Städte, in die Entwurzelung, in die Arbeitslosigkeit.»**

Der bekannte Ing. agr. **Dr. Hans U. Hertel** bringt das Problem in einem Brief an Dir. Marc Kummer von der Landw. Schule Strickhof, Lindau, auf den Punkt: **«Es besteht die Absicht, zur Errichtung einer globalen Macht (USA) die gewachsenen und bewährten Strukturen, d.h. die Grundlagen der Unabhängigkeit der Nationen, zu zerstören. Dieser Prozess begann zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts. Obschon er zu zwei ungeheuerlich blutigen Weltkriegen führte, begannen viele Menschen erst mit der amerikanischen Etablierung der EWG und der Einführung des Mansholt-Planes in den 60er-Jahren zu erkennen, was hier tiefgründig abließ.»**

Der Zwang zur Vergrößerung mit dem Ziel, die Landwirtschaft schrittweise durch eine Agrarindustrie zu ersetzen, über die alle

Nationen und Völker in die totale Abhängigkeit von Wenigen gezwungen werden sollen. Das ist ein Teil der Globalisierung auf dem Weg der Völker in die Versklavung.»

Damit ist klar, dass über den politischen Weg – heute als AP2011 auf der Agenda des Bundesrates – die Liquidierung der bäuerlichen Landwirtschaft und damit der politisch selbstständigen Schweiz angestrebt wird. – Das ist die eine Schiene!

Die Vernichtung des Kulturlandes!

Auf einer zweiten Schiene – der Vernichtung des Kulturlandes – wird das gleiche Ziel angestrebt. Nicht umsonst forderte schon die NA – als Vorläuferin der SD – im politischen Programm 1979–1983 – den unbedingten Schutz des Kulturlandes und – die Begrenzung der Gesamtfläche der Industrie-, Wohn- und Verkehrsbauten.

Beide Forderungen finden sich unverändert auch im politischen Programm der SD 2003–2007. Angesichts des Baubooms mit seinem ungebremsten Bodenverschleiss, der unverändert hohen Einwanderung und den Bestrebungen des Bundesrates, die Lex Koller aufzuheben, kommt diesen Forderungen höchste Aktualität zu.

Die Lex Koller im Visier des Bundesrates

Zu Recht betitelt Franz Weber sein neuestes Journal mit **«Rettet den Schweizerboden»** und warnt:

«Die letzten Schutzbarrieren fallen: Hemmungslos wird unser Heimatboden überbaut.»

Die Begründungen und Formulierungen seiner Tandem-Initiativen scheinen mir durchaus richtig zu sein. Zwei Anmerkungen sind aber immerhin zu machen:

– Von der bevorstehenden Aufhebung der Lex Koller zu sprechen, ist zumindest voreilig.

– Nach der Ankündigung des Referendums durch die Schweizer Demokraten und unter Beachtung der Tatsache, dass am 25. Juni 1995 die geplante Lockerung der «Lex Friedrich» verhindert werden konnte, ist die Lex Koller keineswegs gestorben.

Im Abstimmungskampf werden die unredlichen, schrittweisen Lockerungen der Lex Friedrich seit damals zu Munition für die SD werden. Die Salami-Taktik des Bundesrates werden wir dann tiefer hängen und damit dem Schweizer Volk zeigen, wie es ausgehebelt worden ist.

– Franz Weber macht einmal mehr den Fehler, den Zusammenhang

zwischen Einwanderungspolitik (= Bevölkerungsvermehrung) und wirtschaftlicher Wachstumspolitik und dem Verschleiss an Natur nicht zu thematisieren.

Pflasterlipolitik nützt letztlich wenig. Das Übel ist an der Wurzel zu packen, d.h. die Wachstumsideologie ist grundsätzlich in Frage zu stellen. Das Programm der SD mit dem Kampf gegen die Einwanderung, die Überfremdung auf allen Gebieten (Bevölkerung, Boden, Wirtschaft) und die daraus resultierende Umweltzerstörung ist konsequent und allein Erfolg versprechend.

Jedes Volk hat eine Armee – seine eigene oder eine fremde!

Wir hatten eine bestens organisierte Verteidigungsarmee, die für jeden möglichen Angreifer ein ernstzunehmender Faktor bei seinen Machtspielen war. Und dann kam der Zusammenbruch des sowjetischen Weltreiches; und damit die Notwendigkeit für die einzig übrig gebliebene Weltmacht – die USA – sich neue Gegner zu schaffen im Interesse der Konzerne und insbesondere der Rüstungsindustrie und der Ölgiganten. Die Welt war neu in Böse und Gute einzuteilen. Die Guten waren und sind jene, die sich in einem Art Vasallenstatus im Dollarraum integrieren; die Bösen jene, die sich gestatten, ihre eigenen Interessen in den Vordergrund zu stellen und den Wünschen Washingtons nicht einfach zu dienen. Diesen Letzteren wird mit Vernichtung gedroht; Exempel wurden bereits statuiert.

Aus nachvollziehbaren Gründen wurde die Schweiz umworben, der «Partnership for Peace» beizutreten und die Armee ab- und umzubauen zu einem Modul der US-dominierten Nato-Armee. Und dann kam Ogi, der vom gerissenen Bill Clinton als «guter Junge» bezeichnet wurde. Begreiflich, er las ja die Wünsche für die Umsteuerung einer schlagkräftigen Verteidigungsarmee zu einem Mosaiksteinchen im Great Game der USA den Bossen in Washington von den Lippen ab. NATO-tauglich wurde als Ziel definiert; zu den Krisen gehen, da diese sonst zu uns kommen würden – als unser Weg verkauft. Und im Übrigen stehen ja nur «Friedenseinsätze» im Ausland zur Diskussion; vorerst unbewaffnet – später aus der Not der Situation – bewaffnete. Vorerst hatten ja nur Freiwillige Auslandseinsätze zu leisten, jetzt sollen bereits Durchdiener, bald auch WK-Soldaten zu Auslandseinsätzen verpflichtet werden können. Die Teilnahme an Sandkasten-Spielen der Nato durch un-

sere Generalstäbler – sogar im eigenen Land, ist heute bereits Usanz, bald auch die Übungen von Panzertruppen im Ausland. Ach ja, die Fliegertruppen haben es vorge-macht. Die Schweiz ist angeblich zu klein für eine moderne Armee – selbst eine solche im Taschenformat.

Da stehen wir jetzt, die massiv abgespeckte Armee soll offenbar nur noch zur Bewachung von ausländischen Botschaften und Events der Mächtigen, als Hilfstruppen für Sportanlässe und bei Naturkatastrophen zur Unterstützung der Wehrdienste eingesetzt werden. Und einige wenige kampffähige, kleine Verbände sind im Rahmen der Pfp für die NATO bereitzustellen. **Sind wir bereits zum Vasallen der USA geworden?**

Aber hier in Europa ist doch weit und breit keine Bedrohung auszumachen! – so meinen die Friedensbewegten in unserem Lande.

Hier drei Hinweise zum Überlegen:

– Bis 1990 war Jugoslawien für die Westmächte ein geschätzter Vorposten gegen den Herrschaftsanspruch der UdSSR. Im ganzen Land herrschte Ruhe und eine beachtliche Entwicklung. Dann änderte die Weltlage. Jetzt wurden die Serben gezielt verleumdet, verteufelt und die ganze Region durch übelste Spiele der Geheimdienste der USA, Israels und anderer ins Chaos gestürzt.

– Aus Untersuchungen ist bekannt geworden, dass kämpferische Muslims durch die CIA nach Bosnien eingeflogen wurden; trotz des 1991 bis 1995 durch die UNO verhängten Waffenembargos wurden Waffen und Munition geliefert. Gleichzeitig belieferten die Geheimdienste der Ukraine, Griechenlands und Israels die bosnischen Serben mit militärischen Gütern. Dann zerbombten die USA und GB Serbien und Teile des Kosovos während 80 Tagen, um auf dem Chaos wieder ihre schmutzigen Geschäfte machen zu können. Und die «Willigen» mutierten zu Geberländern und dürfen sich um den Wiederaufbau kümmern.

– **Das alles passierte vor unserer Haustüre und wir wurden mit lügnerischer Kriegspropaganda nach Not manipuliert. – Wie sicher sind wir, dass solche Spiele nicht eines Tages auch gegen uns organisiert werden?**

– Genügen die Verleumdungen der Holocaust-Industrie gegen die Schweiz und ihre Banken noch nicht, um uns vorsichtig, ja misstrauisch zu machen? Diese haben uns total mindestens

Anzeige

Das Testament

Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gömmer und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 988 50 88
Telefax 071 988 67 61

zwei Milliarden Franken und unseren guten Ruf gekostet. Und viele von uns vertrauen weiterhin naiv auf die Fairness der Weltmacht USA und ihrer Vasallen – offenbar auch der Bundesrat. Bei Herrn Keckeis vermute ich andere Beweggründe für seinen missionarischen Eifer bei der Zerschlagung der eingespielten Strukturen der Armee.

– Erinnern wir uns noch der Unruhen in Frankreichs Vorstädten vom vergangenen Frühjahr. Es besteht der begründete Verdacht, dass diese sogenannten Jugend-Unruhen durch agents provocateurs der CIA und des Mossad ausgelöst und genährt wurden. Mit dem Ziel, die französische Bevölkerung gegen die Araber aufzubringen und damit die französische Regierung zu zwingen, ihre relativ araberfreundliche Politik aufzugeben.

– Die Schweiz mit einer ausländischen Bevölkerung von 25%, wovon z.Zt 350 000 Muslime, könnte rasch und zielstrebig durch die Geheimdienste der USA und GB, von Israel und andern destabilisiert werden.

– Der frühere CIA-Chef Woolsey sieht die Welt heute im Zustand eines 4. Weltkrieges, der als Kampf gegen den Islamismus und Terrorismus über Jahrzehnte dauern werde. Dabei gehe es um «Regimewechsel» in 40 bis 50 Ländern – ob wir wohl auch dazu gehören? Nach dem Kniefall im Rahmen der oben erwähnten Erpressung haben wir uns vielleicht eine Schonzeit erkaufte – und wenn wir uns brav in den «Kreis der Willigen» für die weiteren Kriegsspiele der USA eingliedern, mögen wir vom Zurückbomben in die Steinzeit verschont bleiben.

– **Damit aber wäre die «freie Schweiz» militärisch bereits liquidiert. Wir haben es nur noch nicht gemerkt!**

Die Zerstörung der Bürgerrechte und unserer politischen Strukturen

Immer klarer wird, dass der von G.W. Bush proklamierte «Krieg gegen den Terrorismus» unter anderem dazu benutzt wird, die Bürgerrechte abzubauen. Das strahlt auch auf unser Land aus. Auch hier werden zur vermeintlichen Erhöhung der Sicherheit Überwachungsmaßnahmen akzeptiert, welche klar freiheitsfeindlich sind. Die Ausweitung des Plastikgeldes (Kreditkarten) auf immer weitere Lebensgebiete macht die Menschen immer kontrollierbarer und damit auch manipulierbarer. Die Masse der Mitbürger geben sich of-

fenbar noch immer nicht Rechenschaft über das, was passiert. – Sie machen die Spiele der Banken und Grossverteiler, der Telekommunikationsunternehmen und der Computer-Industrie widerstandslos mit.

Es gibt kaum Proteste gegen die praktisch totale Überwachung durch den grossen Bruder mit den Riesencomputern des geheimen UKUSA-Abkommens und dem vollautomatischen Abhörsystem Echolon. – Udo Ulfkotte – der Verfasser des Buches «Der Krieg im Dunkeln» schreibt dazu (Seite 167):

«Wenige Sekunden nach einem Telefongespräch oder einer Datenübertragung liegen die vom Computersystem mit Hilfe der Wortdatenbank aufgefangenen Gespräche schon zur Auswertung in Maryland auf dem Tisch der National Security Agency (NSA). Die NSA wertet in jeder Sekunde mehrere Millionen Datensätze aus.»

Wehe, wenn in Ihrem Telefongespräch die Worte «Terror» oder «Kokain», «Geldwäsche» oder «Bestechung» auftauchen. Ab sofort werden alle Ihre Gespräche genau analysiert und Sie gehören zu den 350 000 des Terrors verdächtigsten Personen der CIA.

Der Föderalismus und das Subsidiaritätsprinzip sind für die Regierenden mühsam. Sie müssen sich der Bürgerschaft stets erklären und deren Meinung ernst nehmen. Wie viel leichter geht doch das Regieren in einer zentralistischen, rein hierarchisch strukturierten Gesellschaft. Das wissen die Franzosen sehr gut, ebenso wie das Heer der Brüsseler Bürokraten und alle demokratiemüden Zentralisten bei uns. Darin liegt einer der tieferen Gründe für den Drang zur EU, dem Druck zum Zusammenschluss der kleinen Gemeinden – auch wenn diese gut funktionieren. Neben politischem Opportunismus dürfte dies auch bei der geplanten Neustrukturierung des Kantons Bern eine Rolle spielen.

Die Bürgernähe wird nicht mehr geschätzt! – und damit ist ein Wesenselement der Eidgenossenschaft in Frage gestellt.

Über die Konzentration in der Wirtschaft und die Verkäufe der Unternehmen ins Ausland wurde an dieser Stelle schon geschrieben (siehe Dr. H.J. Landolt in «Schweizer Demokrat Nr. 7/9 2006).

Alle die oben angesprochenen Elemente führen zum Appell: Wehrt Euch auf allen Ebenen – Die Existenz der Schweiz ist wahrhaftig in Frage gestellt!

Wird die Schweiz zum englischsprachigen Land?

Ein Klüngel von Dunkelmännern will die sprachlich-kulturelle Überfremdung vollenden!



Dr. med. Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat, Dübendorf

Die Frage erscheint zunächst rhetorisch und übertrieben! Aber ist sie das wirklich? Es gab eine Zeit, da musste man befürchten, Deutsch werde durch Italienisch ersetzt. Diese Zeiten sind gründlich vorbei. Abgesehen von ein paar Arbeitsplätzen, insbesondere im Baugewerbe der Deutschschweiz, wo die Umgangssprache noch immer Italienisch geblieben ist, sind unter dem Einfluss der rekordmässig tiefen Geburtenziffer der Italienerinnen die diesbezüglichen Gefahren abgewendet. Noch immer spielt die Einwanderung bei der sprachlichen Überfremdung aber eine überragende Rolle. Die neue Einwanderungswelle kommt allerdings nicht aus Italien, sondern von Englischsprachigen der Karibik, Sri Lankas, Indiens, Pakistans, der Philippinen und Afrikas. Sie wird zudem unterstützt von einem Klüngel, der schon immer gegen jede Überfremdungsgegnerschaft hetzte und politisch sehr einflussreich ist. So will zum Beispiel der Kanton Zürich schon ab der zweiten Primarklasse einen Englischunterricht einführen, mit voll englischsprachigem Unterricht in einzelnen Fächern. Vorwiegend englischsprachige Privatschulen spriessen etwa überall aus dem Boden, und der neueste «Hit» ist «English for kids» (Zitat). Wie sollen die vielen fremdsprachigen Kinder noch Deutsch lernen (oder Französisch beziehungsweise Italienisch im Tessin)? Und das alles in einem Land, das vor nicht allzu langer Zeit die herkömmlichen einheimischen Sprachen auf Verfassungsebene aufgewertet hat!

Es geht mir hier nicht darum, englischsprachige Fremdwörter, für die es keine entsprechenden landessprachlichen Ausdrücke gibt, ausmerzen zu wollen, obschon Computer auf Deutsch übersetzt nichts weiteres als «Rechner» bedeutet. Auch dass sich das Englische auf vielen Gebieten aus rein praktischen Gründen allgemein

durchgesetzt hat, steht nicht zur Debatte. So ist Englisch die selbstverständliche Sprache der Verkehrsfliegerei. Bereits in der Militärfliegerei ist es aber anders. Der früher als Geheimsprache der heutigen «Swiss Air Force» gebräuchliche Spaghetti-Code, ein Gemisch aus Landessprachen, wurde ersetzt durch Englisch. Was tut man nicht alles für die Nato, wo Englisch die Kommandosprache ist!

Englisch in der Wissenschaft

Bereits etwas fragwürdiger ist die Ausbreitung des Englischen in Wissenschaft, Wirtschaft und Sport. Deutsch war auch noch nach 1945 eine anerkannte Wissenschaftssprache. Erst später wurde sie schrittweise durch das Englische ersetzt, und ein Wissenschaftler, der heute internationale Anerkennung wünscht, muss in einer englischsprachigen Zeitschrift auf Englisch publizieren. Selbst in schweizerischen Zeitschriften sind oft englischsprachige Zusammenfassungen Bedingung. In der Medizin zum Beispiel hat das Englische dem herkömmlichen Latein den Rang abgelassen. Aber warum heisst es «Life-Science» und nicht schlicht Biologie? Patienten kommen reihenweise mit der Selbstdiagnose «burn-out», obschon die deutschsprachige Psychiatrie schon längst den Begriff der Erschöpfungsdepression geprägt hat. Die neu gegründete schweizerische Gesellschaft für Versicherungsmedizin nennt sich «Swiss Insurance Medicine», eine Studiengruppe des Problems Übergewicht «Swiss Study Group for Morbid Obesity». Und warum nennt man im alten Europa die neuen Studienstufen des Bologneser Modells nicht altherwürdig Baccalaureus und Magister statt «Bachelor» und «Master»? Überall in Akademien drängt sich das Englische vor. An der ETH Zürich spricht man davon, ganze Vorlesungen in Englisch abzuhalten! Oder gründet eine «Science City».

...und in der Wirtschaft

Ich weiss, die Wirtschaft ist heute «globalisiert». Just seit der Privatisierungswelle hat auch der Unfug mit englischen Namen überhand genommen. Aber ist es wirklich nötig, dass in den Chefetagen ver-

Wird die Schweiz zum englischsprachigen Land?

Fortsetzung von Seite 3

schiedener so genannt multikultureller, aber genuin schweizerischer Unternehmen in der Schweiz die Verhandlungen auf Englisch geführt werden? Das Auswuchern des Englischen in der Wirtschaft zieht aber noch weitere Kreise. Ein Unternehmen, das etwas auf sich hält und vielleicht an der Börse aufgenommen zu werden wünscht, gibt sich einen englischen Namen!

Und das «corporate identity» oder «-governance». «Benchmarking»? Weiss überhaupt jemand, was das bedeutet? Werbebotschaften sind oft ein Konglomerat englisch- und deutschsprachiger Sprüche, eine entsetzliche Barbarei! Ausseninschriften sind oft englisch! «Flowers and Green» für eine simple Gärtnerei? Wo ist der Heimatschutz, der früher nicht landessprachliche Anschriften verbot?

Besonders peinlich wird die Sache, wenn aus werbetechnischen Überlegungen mit dem Namen noch die besondere Verbindung mit der Schweiz betont werden soll: Swiss Life, Swiss Re, Swiss Steel, Swiss Power, swiss mem, swissinfo, swisslos, swisscanto, Swisscom, swiss films, Swiss diary Food, Swissfirst, First Swiss Pension Fund, je «swisser» je unseriöser! Als Steigerung die «Swissness»?

Sonderfall Sport

Im Sport ist es etwas anders. Sicher ist er ein klassisch internationales Phänomen und in der englischen Aristokratie des 19. Jahrhunderts entstanden. Er hat aber zwei Wurzeln, und die andere ist deutschsprachig, nämlich die Leibesübungen in Preussen zur Stärkung der Wehrhaftigkeit im Anschluss an den Napoleonischen Befreiungskrieg. Viele Sportvereine in Deutschland nennen sich deshalb immer noch TSV, Turn- und Sportverein. Swiss olympics, swiss athletics, swiss football, swiss ski, swiss tennis usw. War es nötig, die Nationalliga A in «Superleague» (ein lächerlicher Ausdruck!), die B-Liga in «Champions League» umzutauften? Die alten Griechen nannten die Siegesgöttin sicher nicht «Näiki», sondern irgendetwas Ähnliches wie Nike! Muss man den American-Football-Spieler Schweizer Abstammung «Roitlisbörger» nennen?

Sogar der Staat!

Aber auch staatliche Institutionen, die früher streng an die Landessprache gebunden waren, werden vom Englischen überrannt. Die

Vorsteher verschiedener Bundesämter, die früher als Amtsbezeichnungen nur landessprachliche Ausdrücke verwenden durften, sind offenbar aus angemasster Machtvollkommenheit dazu übergegangen, englische Bezeichnungen für ihre Ämter einzuführen, zum Beispiel «swiss top»; oder «swissmedic» statt interkantonale Kontrollstelle für Heilmittel. Zwar hat der Bundesrat vor einiger Zeit eine Verlautbarung herausgelassen, er wolle diesen Missbrauch abstellen, eine der wenigen vernünftigen Verfügungen von ihm. Leider hat man in der Folge wenig davon gemerkt. Oder die SBB, die «Rail City» (oder heissen sie Cities?) gründen. Die Fahrprüfungen sollten nur noch in den Landessprachen abgenommen werden. Aber siehe da, für Englisch machte man eine Ausnahme! Telefonbücher nennen sich «directories», die Post «logistics»!

Englisch durchsetzte Alltagssprache

Auch die gewöhnliche Umgangssprache der Schweiz ist mit englischen Ausdrücken durchsetzt. Dabei sind die meisten überflüssig, weil es dafür landessprachliche Ausdrücke gäbe, die sie ersetzen könnten. «Shop» statt Laden, wenn er etwas grösser ist «store», «shoppen» für einkaufen, «message» statt Mitteilung, «news» statt Nachrichten, «fun» statt Spass, «out-door-look» für Sportkleidung, «Slow-motion» für Zeitlupe, «Feedback» für Rückmeldung, «outsourcen» für auslagern, «downloaden» für herunterladen (oder wem das besser gefällt runterladen). Besonders die Informatik hat uns mit englischen Wörtern «bereichert». Dabei funktioniert ein Computer auch auf Deutsch! Warum «Lifestyle», nicht Lebensstil? Die Reihe kann unendlich fortgesetzt werden. Für viele englischsprachige Ausdrücke gibt es eine grössere Zahl deutscher, die das Gemeinte genauer bezeichnen würden. Für das grässliche «Highlights» zum Beispiel: Höhepunkte, Glanzpunkte, Glanzlichter, Schlaglichter usw. Oder für das banale «event»: Veranstaltung, Anlass, Feier, Fest, Abenteuer. Als ich zu politisieren begann, war es selbstverständlich, dass man Flugblätter als Flugblätter benannte. Warum sagt man heute «Flyers». Wer weiss heute noch, das «take-away» einmal Verkauf über die Gasse hiess. Heute sagt man nicht mehr Backfisch, sondern «Teenager», sogar gesteigert in «twenty-and-something» oder «thirty-and-something». In der Presse sind viele Unter- und Zwischentitel sowie Einschübel englisch oder ein



Die alltägliche Anglomanie: «Engleutsch» gehört längst zum Erscheinungsbild des öffentlichen Lebens in der Schweiz.

Gemisch umgangssprachlich/englisch: «Äggschen beim Fooden» (Zitat). Sogar Leserbriefe werden auf Englisch veröffentlicht (in deutschsprachigen Zeitungen!)

Singen auf Englisch

Schweizer singen kaum mehr deutsch, seien das nun alte Volkslieder, Gassenhauer oder anspruchslose Schlager, sondern lassen sich mit ausschliesslich englischsprachigen «Songs» berieseln. Und man kann sich nicht einmal dagegen wehren. Als ein Kunde in einem Kaufhaus sich darüber beklagte, ihm passe die Songberiesung nicht, wurde ihm höflich ausgerichtet, man könne die Musik nicht abstellen. Der Anwärter zum «Music Star» hat selbstverständlich auch nur eine Chance, wenn er englisch singt. Das französische Chanson und Tessiner Canzoni spielen nur noch eine kleine Rolle. Studentenverbindungen, die das alte studentische Liedgut pflegen, und Chöre, die deutsch singen, haben Nachwuchssorgen. Selbst neue evangelikale Vereinigungen, hauptsächlich aus den USA kommend, singen ihre Choräle auf Englisch! Oder die Rede ist von «street church».

Auch in der Vornamengebung sind die Landessprachen «out». Vorbei sind die Heidi, Hansruedi oder Rolf, «in» sind Kevin, Steve oder Jennifer. Und wenn einer Michael heisst, nennt er sich wenn möglich «Maik», nicht mehr Miggel.

Übertriebene Rücksicht auf Touristen

Ein weiteres Kapitel ist die übertriebene sprachliche Rücksichtnahme auf Touristen. Von vielen Touristen besuchte Läden werden als «open» bezeichnet, als wären alle englisch sprechenden Touristen derart schwachsinnig, dass sie nicht merken könnten, dass

«open» auf Deutsch offen heisst! Dabei ist erst noch der grösste Teil der Touristen in der Schweiz deutschsprachig. Eine geradezu lachhafte Verbeugung vor dem Tourismus sind die grössenwahnsinnigen Umbenennungen geographischer Namen: «Top of Europe» das Jungfrauoch, «Top of the World» St. Moritz, oder «downtown Switzerland» für Zürich. Und «greater Zurich Area» ist auch nicht besser. Nicht einmal offizielle Wegweiser sind vor dem Englischen sicher. Ein solcher ist auf dem Zürichberg angeschrieben mit «Zurich Development Center».

Die Fixierung der Deutschschweizer auf Englisch wird sogar rücksichtslos auch auf die anderssprachigen Gebiete der Schweiz ausgedehnt und sorgt dort für ziemliche Aufruhr. Zwar wird viel Geld zu Werbezwecken auch in der Westschweiz und dem Tessin ausgegeben. Rücksichtnahme auf die anderen dort einheimischen Sprachen ist dabei aber an einem kleinen Ort. So wurde von alemannisch Sprechenden in der französischen Schweiz völlig unsensibel u. a. das Wort «liquidation» für Ausverkauf gedankenlos durch das englische «Sale» ersetzt. Es gab dagegen in der Öffentlichkeit einen Aufstand. Das Wort «sale» bedeutet auf Französisch nämlich schmutzig!

Auch die alemannische Mundartwelle schützt nicht vor sprachlicher Überfremdung. Sie wird nämlich ebenfalls durchsetzt mit englischsprachigen Fremdwörtern gesprochen. Das Sprachgemisch hat sogar zu einer eigenartigen Sprache geführt, die weder deutsch noch – wegen der falschen Aussprache! – englisch ist: zum Beispiel stiek statt stäik! Lächerlich ist auch die englische Art der Aussprache von Abkürzungen: JUBIESS statt UBS, oder junäxis statt unaxis. Unaxis hat sich zwar kürzlich wieder in «Oerlikon» umgetauft. Dass eine alemannische Mundart allein und ohne Rückhalt einer Schriftsprache sich nicht vor dem Untergang schützen kann, sieht man im Elsass!

In unseren Landessprachen steckt viel altes Kulturgut. Es hat keinen Sinn, Deutsch, Französisch und Italienisch erst dann retten zu wollen, wenn sie wie das Rätoromanische auf dem Sterbebett liegen! Jeder einfache Bürger hat die Gelegenheit, der Englischwelle entgegenzuwirken, indem er nur dort einkauft beziehungsweise die Dienstleister berücksichtigt, wo man mit der englischsprachigen Werbung sich zurückhält und den Landessprachen den ihnen gebührenden Raum gewährt!

Tränen, Kränze und Schweigeminuten – für wen?

Mit viel organisierten Emotionen gedachte das offizielle Amerika der Opfer des 11. September 2001. Die 2749 Toten von New York wurden als schreckliche Katastrophe für das 270 000 000-Volk der USA dargestellt, die alles rechtfertigen soll, was die derzeitige Regierung anstellt, um eine despotische «Neue Weltordnung», die Globalisierung ihrer (All-)Macht, zu verankern.

Doch vorerst die Gretchen-Frage:

Wer hat nun wirklich den Anschlag vom 11. September geplant und ausgeführt?

Es ist zu billig, alle jene als «Komplott-Theoretiker» abzutun (BZ vom 12.9.2006), welche die offizielle Version der Bush-Regierung anzweifeln. Es gibt zuviele Hinweise, dass diese nicht stimmen kann: – Das In-sich-Zusammenbrechen der Zwillingstürme sah vielmehr nach meisterhafter Sprengung als nach Brandfolgen aus; und wieso sind auch die nicht durch den Brand betroffenen Nebengebäude eingestürzt? Wieso wird peinlich unterdrückt, über die zahlreich belegten Kleinexplosionen in den Gebäuden Nachforschungen anzustellen?

– Der punktgenaue Anflug der riesigen Boeing-Maschinen auf vergleichsweise kleine Ziele hätte meisterliche Piloten benötigt. Ein paar Amateure – unter dem Stress der Überwältigung der Flugbesatzung und mit der Überwachung von Dutzenden von Passagieren beschäftigt, hätten dies ohne elektronische Hilfe vom Zielort her nie geschafft.

– Wie erklärt man sich das totale Versagen der militärischen Luftüberwachung, wenn gleichzeitig vier Passagiermaschinen entführt werden?

– Noch schlimmer – wie erklärt man das völlige Versagen der 40 Milliarden teuren – mit 100 000 Mitarbeitern dotierten Geheimdienste vor dem Attentat? Nach dem Attentat aber konnten sie in 48 Stunden die komplette Liste der beteiligten Attentäter samt ihrer Vorgeschichte und der unübersehbaren Spur, die zum Tage X führte, präsentieren.

– Wie kommt es, dass alle Bilddokumente beweisen, dass im Pentagon sicher keine Boeing einschlug, wie dies auch 5 Jahre nachher noch rotzfrech behauptet wird?

Wer die Verbrechen der US-Geheimdienste der letzten 40 Jahre studiert, wundert sich nicht, wenn

viele Beobachter hinter dem ganzen Geschehen die Handschrift der CIA zu erkennen glauben.

Wieso hat wohl G.W. Bush schon Mitte Januar 2002 den Kongress aufgefordert, keine tiefergehenden Ermittlungen zu den Hintergründen des 11.9. anzustellen, da dies die nationale Sicherheit gefährden würde? Erstaunlich, erstaunlich!!

Nehmen wir zur Kenntnis:

Gemäss neuesten Erhebungen, z.B. der Scripps Howard /Ohio University, glauben zur Zeit

– 36% der befragten Amerikaner, dass die Administration Bush aktiv oder passiv in die Durchführung des Attentats verwickelt ist;

– sogar 44%, dass G.W. Bush die Attentate durchführen liess, um einen Grund für den Afghanistankrieg zu haben und

– 45% der Befragten fordern eine Neuaufnahme der offiziellen Untersuchung.

Sind Amerikaner wertvollere Wesen als alle andern Bürger dieser Welt?

Rund um die Welt wurde der weniger als 3000 Opfer des 11. September in rührender Weise gedacht. So auch in Bern, wo ein Gedenkbaum im Garten der Botschaft, unter Assistenz schweizerischer Verantwortungsträger für die Sicherheit des US-Personals in Bern, gepflanzt wurde. Dies nach einer rührseligen Ansprache der Botschafts-Geschäftsträgerin Carol J. Urban.

Es ist zu fragen:

– Wo und wann finden die Gedenkfeiern für die Zehntausende von Vietnamesen statt, die von der CIA in 40 Verhörzentren gefoltert wurden und von denen X-Tausende unter dem sogenannten «Belastungsstress» verstarben?

– Wo und wann finden die Gedenkfeiern für die Zehntausende von Afghanen statt, die unter Anleitung der CIA zu Tode gefoltert oder im Afghanistankrieg zu Tode gebombt oder nach ersten Kriegshandlungen in einem der 24 Geistergefängnissen der CIA umgebracht wurden?

– Wo und wann finden die Gedenkfeiern für die Tausende von Serben statt, die 1999 dem 80-tägigen Bombenterror der Amerikaner zum Opfer fielen?

– Wo und wann finden die Gedenkfeiern für die Zehntausende irakischer Opfer des amerikanischen Bombenterrors im 1. und 2. Golfkrieg statt?



Ein irakischer Mann tröstet seinen vierjährigen Sohn im Gefangenenlager in An-Najaf, Südirak, März 2004

– Wo und wann finden die Gedenkfeiern für die Tausende von Toten auf palästinensischer, libanesischer und israelischer Seite statt, die als Opfer einer irrwitzigen Strategie der US- und der israelischen Regierung sterben mussten? – Wo und wann werden wir der Tausenden gedenken, die unter den Folterungen amerikanischer Geheimdienste und/oder von ihnen beauftragte Folterknechte irgendwo auf dieser Welt starben oder lebenslang zu seelischen oder körperlichen Krüppeln gemacht wurden?

Bekannt ist der unglaubliche Kommentar der amerikanischen Regierung auf entsprechende Vorhaltungen: «Man muss halt Eierschalen zerbrechen, wenn man Omeletten machen will!»

– Wann und wo finden Gedenkfeiern für die 500 000 irakischen Kinder statt, die wegen der amerikanischen Blockade zwischen den beiden Golfkriegen ums Leben kamen?

– Wer gedenkt der unzähligen Fehl- und Missgeburten in Afghanistan, auf dem Balkan, im Irak und demnächst auch im Libanon wegen des Einsatzes von Uranhaltigen Bomben und Artilleriegeschossen durch die Amerikaner und ihre Verbündeten?

Ist es mit der läppischen Antwort von M. Albright getan, die auf eine entsprechende Frage zum Schicksal dieser unschuldigen Geschöpfe nur den Kommentar übrig hatte: «Es hat sich gelohnt!»

Wo finden sich die wahren Terroristen?

Krieg ist Terror!

Die Zerstörung der Infrastruktur eines Volkes ist reiner Terror!

Ausplünderung, Demütigung, Zerstörung der Kultur eines Volkes ist Terror!

Folter und gezielte Tötungen sind zweifellos Terror-Instrumente!

Bush und Rumsfeld und andere der aktuellen Regierungsmannschaft haben in den letzten Jahren verschiedentlich zum Terror und zu terroristischen Verhörmethoden ganz offen grünes Licht gegeben, während sie gleichzeitig heuchlerisch von Freiheit, Menschenrechten usw. schwadronierten. Die ganze US-Regierung und ihr Vertreter bei der UNO, John Bolton, hetzen andauernd zum Krieg.

Die Politologin Doris Auerbach hat sich kürzlich zu diesem Thema in einem «Offenen Brief» an Bundesrat Schmid gewandt. Ich zitiere daraus einige Passagen:

In einem Artikel mit dem unglaublichen Titel «Give War a Chance» (Gib dem Krieg eine Chance) im Philadelphia Inquirer vom 13.9.2001 warnt David Perlmutter, dass sich die den Terrorismus unterstützenden Nationen, wozu er neben Afghanistan, den Jemen, Sudan, Nordkorea und Kuba zählt, auf eine systematische Zerstörung aller Kraftwerke, aller Ölraffinerien, aller Ölpipelines, aller Militärstützpunkte, aller Regierungsgebäude im ganzen Land und ebenso auf den vollständigen Zusammenbruch ihrer Wirtschaft und Regierung für die Dauer einer ganzen Generation vorbereiten müssten – falls sie die Wünsche Washingtons nicht erfüllen.

Donald Rumsfeld, der, wie Réseau Voltaire ausführlich dargelegt hat,

Fortsetzung Seite 6

Tränen, Kränze ...

Fortsetzung von Seite 5

die Vorauskenntnis der Pläne des Anschlags vom 11.9. hatte, erreichte die Unterzeichnung mehrerer Anordnungen, die das Pentagon dazu ermächtigten, mit Spezialeinheiten **geheime Anti-Terror-Aktionen in bis zu 10 Ländern der islamischen Welt durchzuführen** (NZZ Nr. 14 vom 18.1.2005). Anders als die CIA, die solche verdeckte Aktionen als ihre ureigene Aufgabe beansprucht, könne – wie es heisst – das Verteidigungsministerium **ohne jede Kontrolle** operieren. Das Pentagon habe die neuen Kompetenzen bereits genutzt, um eine Terroristenzelle in Algerien auszuschalten. Wer hier in Wirklichkeit ausgeschaltet wurde, werden wir vorerst wohl kaum erfahren. Zu den Ländern, in denen militärische Sondereinheiten angeblich grünes Licht zum Operieren erhalten haben, zählen laut Seymour Hersh der Jemen, Malaysia, der Sudan, Syrien und Tunesien. Gerüchte über geplante **Todesschwadronen** zur Ausschaltung von irakischen Guerillakämpfern in Syrien hatte kürzlich das Nachrichtenmagazin Newsweek kolportiert. **Auch das bedeutet nichts anderes als – töten nach Belieben.**

Der weltweite Kampf gegen den Terrorismus geht nach Einschätzung von Amnesty International immer mehr zu Lasten der Menschenrechte. Dies liegt auch zweifelsohne in der Absicht der Urheber. Der Washington Post zufolge (Februar 2006) hat die US-Regierung eine Liste von 350 000 Terrorverdächtigen, was für meine Begriffe absolut krankhafte Züge trägt. Angesichts der von den Vereinigten Staaten ausgehenden militärischen Aggressionen und Drohungen gegen unbotmässige Staaten vor dem Hintergrund der von ihnen proklamierten Neuen Weltordnung erscheint **die USA in den Augen vieler Beobachter der weltpolitischen Lage als die die gesamte Menschheit terrorisierende und bedrohende Kraft** und nicht etwa die weitgehend als fiktiv zu wertenden Terrorszenarien und -drohungen, mit denen wir überflutet werden.

Es existiert eine Übereinstimmung von Experten, dass die Terrorattentate von New York, Madrid und London von islamistischen Söldner-Infiltranten realisiert wurden, **die von der CIA ausgebildet und finanziert wurden und mehrheitlich nicht wussten, für wen sie agierten...** Der Prozess der Terrorismusfurcht werde durch die grossen und internationalen Agen-

turen und Ketten gespeist, die hierzu beauftragt sind. So dürfte der Juli-Anschlag in London dazu gedient haben, dem Antiterrorkrieg zusätzlichen Antrieb zu verleihen, sozusagen als «Terrorfaktor», der immer dann ins Spiel treten kann, wenn dies die von den nationalen und internationalen Hintergrundmächten konzipierten Szenarien erforderlich machen. Der erste, unmittelbar auf den 11.9. folgende Terroranschlag **westlichen Gütesiegels** war die brutale Bombardierung Afghanistans. – Ohne grossen Unterbruch führte der nächste westliche Terroranschlag in 2003 zu dem ein Inferno auslösenden Überfall auf den Irak, wo angeblich ein Volk von seinem Diktator befreit werden sollte. Sowie der Irak-Krieg waren lange im voraus geplant. Ebenso verhält es sich mit dem Libanonkrieg.

Mit einer geradezu verächtlichen Arroganz lässt **Richard Perle, der Fürst der Finsternis**, der viele Jahre lang als graue Eminenz im Hintergrund die Strippen der Kriegshetze gezogen hat, vernehmen: **So wie es des 11. Septembers bedurfte, um die Basis für die erste Phase des Kriegs gegen den Terror zu schaffen, so sei jetzt**

ein neuer Schub erforderlich. Die UNO soll ultimativ dazu aufgefordert werden, ihre Charta so zu ändern, dass der USA **vorbehaltlos jede Art** von präventiver Kriegsführung gestattet wird. Falls die UNO dieses Diktat nicht akzeptiere, sollte sich die USA vollständig aus der Weltorganisation zurückziehen. Ein Palästinenser-Staat sei kein Beitrag zur amerikanischen Sicherheit. Israel müsse absolut freie Hand für sein militärisches Vorgehen in den besetzten Gebieten erhalten und dürfe dafür nicht kritisiert werden. Die spezielle Logik dieser Forderung liegt darin, dass Perle die israelische Besatzungs- und Unterdrückungspolitik zum Modell für das Vorgehen der USA im gesamten Nahen und Mittleren Osten machen will.

Paul Wolfowitz, der an der Entstehung des Irakkrieges 2003 massgeblich mitgezimmert hat, sagte am 13.9.2001 auf einer Pressekonferenz, dass die USA Staaten, die den Terrorismus unterstützten, ein Ende bereiten würde – wobei er sich auf Afghanistan bezog. Die USA könnte dies nach Gutdünken, ohne Absprache mit der UNO oder andern Ländern tun. Damit steht er auf der gleichen Stufe wie Richard Perle, der am 18.11.2001 im

britischen Daily Telegraph erklärte, dass Länder, die Terroristen herbergen, zerstört werden müssen. Da viele Länder diesbezüglich mit Leichtigkeit nach Belieben bezichtigt werden können, ist der Angriffsbreite keine Grenze mehr gesetzt.

Was können wir tun?

Die Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen, als Sitz des IKRK darf zu alledem nicht schweigen. Bei jeder Gelegenheit ist auf die Verpflichtungen hinzuweisen, die sich aus der Unterzeichnung der Genfer Konventionen für alle Staaten ergeben. Zudem

«Verbrechen gegen die Menschlichkeit lohnen sich nicht!»

Das Bewusstmachen dieser Tatsachen ist auch eine vordringliche Aufgabe der Massenmedien aller Couleur. Durch Schweigen macht man sich mitschuldig!

Ich warte gespannt auf die Reaktion unseres Bundesrates Schmid auf den Brief von Doris Auerbach. Keine Antwort wäre auch eine Antwort.

Unser politisches Handeln ist in Zukunft darauf abzustimmen.

Hans Spitz, Köniz



Neues vom Ausverkauf des Urserentals

Neues ist vom Ausverkauf des Urserentals bekannt geworden. Der ägyptische Multimillionär Samih Sawiris will Andermatt «entwickeln»! Er plant dort den Bau von neuen Villen, 100 Ferienhäusern und 600 Ferienwohnungen, Hotels der Spitzenklasse 4 und 5 Sterne mit 800 Zimmern, die insgesamt 4300 Betten anbieten, eines Einkaufszentrums, eines Hallenbads mit Wellnessabteilung, einer Multisporthalle und des grössten 18-Loch-Golfplatzes des Alpenraumes! Die Gebäude sollen bis zu 7 Stockwerke hoch gebaut werden können. Das Siedlungsgebiet soll von 35 Hektaren auf 60 Hektaren vergrössert werden und 2000 neue Arbeitsplätze würden entstehen. Die so genannte Bruttowertschöpfung soll 120 Millionen

betragen. Bisher hatte Andermatt ungefähr 1300 Einwohner und et-

wa gleich viele Gästebetten. Der ehemalige Botschafter der Schweiz in Kairo, Raimund Kunz, hat dem Kanton Uri den Investor vermittelt. Müsste sich ein Diplomat nicht um andere Dinge kümmern? Und wie will der Bundesrat die Pläne mit den geltenden gesetzlichen Bestimmungen über den Ausverkauf der Heimat vereinbaren? Ist der Verkauf von Ferienresidenzen an Ausländer nicht begrenzt? Oder rechnet er bereits heute damit, dass das betreffende Gesetz bald aufgehoben und dessen Aufhebung reibungslos über die politische Bühne gehen wird? (vgl. S. 16)



Explodierende Strompreise – Subventionen an die EU!

Ab 1975 oder seit 31 Jahren warten wir auf die Umsetzung der «angemessenen Restwassermengen» gemäss Art. 76 Abs. 3 unserer Bundesverfassung. Dazu wird in Bern die Sanierung der Gewässer immer mehr hinausgeschoben, von 2007 auf 2012, trotz Verfassungsauftrag und Bundesgesetz von 1992. Der Vollzug erfolgt schleppend. Einige Kantone und einige Elektrizitätswerke leisten vorbildliche Arbeit. Aber die Zahl der schwarzen Schafe ist noch sehr gross. Warum? Wenn die Stromkonzerne etwas Restwasser laufen lassen, verlangen sie von den Gemeinwesen volle Entschädigung. Und hier fehlt meistens das Geld... Diese Regelung ist überholt. Nicht nur

die Erdölpreise sind gestiegen, auch die Strompreise (vgl. Abb.).

Gewinnexplosion – Subventionen an die EU-Stromkonzerne

Der Stromhandel floriert und die Gewinne explodieren. 2003 verzeichneten die grössten Schweizer Stromkonzerne einen verteilbaren Gewinn von 1,6 Mrd. Franken. Die 4 deutschen Strommonopolisten erzielten sogar einen Gewinn von 11,7 Mrd. Franken im Jahre 2004 – dies nicht zuletzt auch dank der Spitzenenergie aus der Schweiz. Besonders ungerecht finden wir, dass die Schweizer Familien und die KMU rund 2,6 Rp./kWh für den Hochspannungstransport bezahlen müssen. Die grossen EU-Kon-



zerne, welche 11,7 Mrd. Franken Reingewinn erzielten, bezahlen nichts für den Stromtransport durch die Schweiz oder maximal 0.6 Rp./kWh. Ist es nicht eine stossen-

de Ungerechtigkeit, dass wir ein Mehrfaches für den Stromtransport auf unseren eigenen Hochspannungsleitungen bezahlen müssen? *Greina News*

Umweltfreundliche Waffen?

Das britische Rüstungsunternehmen BAE Systems setzt auf umweltfreundliche Waffen. Wie die «Sunday Times» berichtet, entwirft die Firma unter anderem Kugeln mit reduzierter Bleimenge und Granaten mit geringer Rauchbildung. Ausserdem wolle BAE Systems Raketen bauen, die weniger Giftstoffe als herkömmliche Raketen enthielten. Gepanzerte Fahrzeuge sollen mit reduziertem Kohlenstoff-Ausstoss fahren und Sprengsätze wiederverwertbar oder sogar kompostierbar sein. «Waffen werden genutzt, und weil das so ist, versuchen wir sie für den Nutzer so sicher wie möglich zu machen; um den Kollateralschaden zu begrenzen und um die Umwelt so wenig wie möglich zu belasten», begründete Debbie

Allen von BAE Systems die Massnahme.

Die Meldung ist insbesondere interessant im Zusammenhang mit der Anwendung von so genannter DU-Munition – depleted uranium oder abgereichertes Uran – durch die US-amerikanischen Streitkräfte. Die DU-Munition, fabriziert aus Abfällen der Atomindustrie, versucht die Umwelt für rund 4,5 Milliarden Jahre, nicht nur radioaktiv! Die US-amerikanischen Streitkräfte haben sie in ihren Kriegen im Balkan, in Afghanistan und im Irak eingesetzt. Nun sind diese Genden verseucht.



sda/jhd

Lächerlicher Wettstreit um den höchsten Turm

Dass die Schweiz stark überbevölkert ist und wegen des fehlenden Raums für Wohnungen, Arbeitsplätze, Verkehr und andere Infrastrukturen immer höher gebaut werden muss, ist mittlerweile eine banale Feststellung. Dies rechtfertigt allerdings nicht den lächerlichen Wettkampf der beiden Städte Zürich und Basel, wer den höchsten Turm der Schweiz bauen werde. In Zürich hat der Stadtrat soeben den Bau eines 126 Meter hohen «Prime Tower» in der Nähe

der Hardbrücke bewilligt. Es sollte das höchste Bauwerk der Schweiz werden. Dies hat offenbar die Basler herausgefordert. Der Pharmakonzern Roche plant auf seinem Areal den Bau eines Turms von 160 Metern Höhe, also noch höher als der Zürcher Turm.

Hat man denn in diesem Land, das sich gerne als traditionell christlich bezeichnen möchte, nie etwas gehört vom biblischen Gleichnis zum Bau des Turms von Babel?

Nachweis der Schädlichkeit von Atomtests

Nun ist es offiziell: Zwischen Frankreichs Atomtests in Polynesien im Südpazifik und der dort gestiegenen Zahl der Schilddrüsenerkrankungen gibt es einen Zusammenhang. Die oberirdischen Tests in den 60er- und 70er-Jahren hätten «sehr wahrscheinlich» zu mehr Krebserkrankungen geführt, heisst es in einem in Papeete auf Tahiti veröffentlichten Brief des Direktors des französischen Instituts für Gesundheit und Forschung, Florent de Vathaire.

Die Verbindung zwischen den Atomtests und Schilddrüsenkrebs könne demnach heute «als gesichert gelten», heisst es in dem Schreiben des Wissenschaftlers. Dies gelte in verstärkter Masse für Kinder und Jugendliche, die der Strahlung ausgesetzt waren.

Frankreich hatte zwischen 1966 und 1974 in Französisch-Polynesien rund 40 Atombomben oberirdisch gezündet. Hinzu kamen bis Mitte der 90er-Jahre 150 unterirdische Tests. Die letzten Atomversuche fanden 1996 im ersten Amtsjahr von Präsident Jacques Chirac auf Mururoa statt.

Allerdings gehe es nur um eine «sehr begrenzte» Zahl von Fällen. Mit Sicherheit könne Schilddrüsenkrebs nur bei einem Dutzend Erkrankten auf die Atomversuche zurückgeführt werden. Vathaire stütze sich auf eine Studie zu 239 Fällen von Schilddrüsenkrebs.

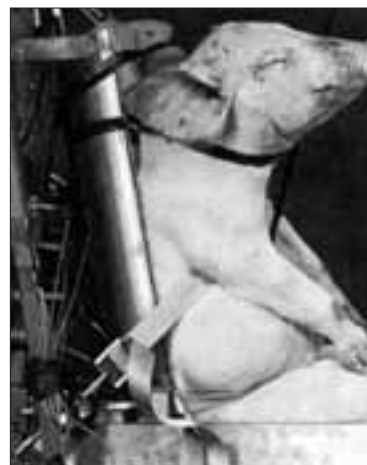
Chirac hatte 2003 beteuert, die Atomtests würden die Gesundheit «weder auf kurze noch auf lange Sicht» beeinträchtigen.

sda

Fragwürdige Ethik-Kommission

Der Schweizer Tierschutz fordert mehr Information über Tierversuche. Diesen Sommer bat er deshalb die Mitglieder der Tierethik-Kommission der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften mittels eines vierseitigen Fragebogens um Auskunft. Etwa wo bei der Versuchstierhaltung Handlungsbedarf bestehe. Der Tierschutz berief sich dabei auf die Richtlinien der Akademie, die Ende 2005 verabschiedet wurden und eine offene Information über Tierversuche verlangen.

oder Tierschutz-Professor Andreas Steiger, verweigerten die Auskunft. *sda*



Von den 14 angefragten Kommissionsmitgliedern antwortete gerade mal eines. Alle anderen, darunter die Ethik-Professoren Alberto Bondolfi und Klaus-Peter Rippe

Frage von Bernhard Hess an den Bundesrat

Uno-Schelte wegen angeblichem Rassismus

Der Uno-Sonderberichterstatte gegen Rassismus, **Doudou Diène**, hat die Schweiz vor dem Uno-Menschenrechtsrat in Genf kritisiert. Fragen der Einwanderung und des Asyls werden einseitig unter dem Sicherheitsaspekt betrachtet. Zudem kritisierte er die «bedeutende Zahl von Vorfällen, in denen Polizeigewalt rassistisch gefärbt» sei.



1. Teilt der Bundesrat die Einschätzung und Kritik des Uno-Rassismus-Sonderberichterstatte's?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die ungebührliche Einmischung des Uno-Sonderbeauftragten in die inneren Angelegenheiten der Schweiz?

Bundesrat Pascal Couchepin fühlt sich von der Schelte des Uno-Sicherheitsberichterstatte's nicht sonderlich beeindruckt und weist die Rassismuskritik von sich.

Wie der Islam Europa erobert

2. Teil «Die drei Phasen der Eroberung»

Das Endziel der im Koran offenbarten Religion ist **die weltweite Unterwerfung unter den Islam**. Mark A. Gabriel, ein zum Christentum konvertierter ägyptischer Mohammedaner und ehemaliger Professor für Islamische Geschichte an der Al-Azhar-Universität zu Kairo, der heute in den USA lebt, zitiert in seinem Buch «Islam und Terrorismus» einen der klarsten literarischen Wortführer und Vordenker des modernen Dschihad, Mawlana Abu l-Ala Mawdudi, den Gründer der fundamentalistischen Bewegung in Pakistan:

«Der Islam ist keine normale Religion wie die anderen Religionen der Welt, und muslimische Nationen sind auch nicht wie normale Nationen. Muslimische Nationen sind etwas ganz Besonderes, weil

sie einen Befehl von Allah haben, **über die gesamte Welt zu herrschen** und über jeder Nation auf der Welt zu stehen.» Das ist wirklich Klartext. Und weiter geht's im selben Stil:

«Der Islam ist ein revolutionärer Glaube, der antritt, jede von Menschen geschaffene Staatsform zu zerstören. Der Islam ist nicht darauf aus, dass eine Nation in einem besseren Zustand ist als eine andere. Der Islam schert sich nicht um das Land oder darum, wem das Land gehört. Das Ziel des Islam ist es, über die gesamte Welt zu herrschen und **die ganze Menschheit dem Glauben des Islams zu unterwerfen. Jede Nation oder Macht in dieser Welt, die versucht, diesem Ziel in den Weg zu treten, wird der Islam bekämpfen und vernichten.**»



Droht ein neuer Kulturkampf?

Dem pakistanischen Fundamentalisten sei für diese offene Sprache bestens gedankt. Ob sie von unseren Multikulti-Schwärmern, Anpassern und Leisetretern zur Kenntnis genommen wird, ist allerdings eine andere Frage. Aber es kommt noch besser: «Der Islam ist **nicht nur eine geistliche Religion; er ist eine Lebensweise**. Er ist ein himmlisches System, das durch den Engel Gabriel unserer Welt geöffnet wurde, und die Aufgabe der Muslime ist es, **jedes andere System auf der Welt zu vernichten und durch das islamische System zu ersetzen.**»¹⁾

Deutlicher hätte man es nicht ausdrücken können. Das Bestreben, über die Welt zu herrschen, ist allerdings nicht das Monopol des Islam, denn bereits zu viel früheren Zeiten war im Alten Testament, 5. Mos. 7, 16, Ähnliches geäußert worden. Die zitierten Stellen hat Gabriel entnommen aus Syed Abul A'la Maududi «Jihad in Islam» (Delhi, Indien: Markazi Maktaba Islami, 2. Auflage 1973).

Der Islam ist also eine Religion, die auf Eroberung ausgeht, sich selber aber niemals erobern lässt. Dazu schreibt der französische Publizist, Autor und profunde Islamkenner Guillaume Faye: «Trotz der Macht der französischen Kolonialherrschaft und des Einflusses der abendländischen Zivilisation, trotz der missionarischen Bemühungen hat sich kein Mohammedaner zum Christentum bekehrt oder dem Islam zu Gunsten eines atheistischen Materialismus abgeschworen. (Heute sind es Europäer, die zum Islam konvertieren). Welche Charakterstärke! Ein Musliman beugt sich nieder, ohne aber nachzugeben, gleich dem Schilf in der Fabel von La Fontaine; dies im Gegensatz zur Eiche, welche sich durch den Wind entwurzeln lässt.»²⁾

Dieser Vergleich ist sehr treffend. In den zentralasiatischen Teilrepubliken der einstigen Sowjetunion wie z.B. Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan usw. vermochte der atheistische Kommunismus dem Islam nicht Herr zu werden. Dieser legte sich, wohl unter dem Druck der sowjetischen Behörden, flach nieder wie das Schilf im Sturmwind und erhob sich wieder mit aller Kraft mit dem Untergang der UdSSR.

Um sein Ziel zu erreichen, geht der Islam taktisch, schrittweise und nicht sogleich mit grobem Geschütz vor. Der Eroberungsfeldzug des Islams besteht in drei Phasen:

1) Der **Dar al-Sulh** (momentaner Friede) wird dort praktiziert, wo sich die islamische Gemeinschaft niedergelassen hat, sich aber noch

in der Minderheit befindet, und der «Ungläubige» in seiner Blindheit und Naivität den muslimischen Bekehrungseifer auf seinem eigenen Boden erlaubt, ohne ein Gegenrecht in islamischen Gebieten zu fordern. In einem solchen Fall ist offener Dschihad nicht der richtige Ansatz. **Die Muslime ordnen sich den Gesetzen des Landes unter, arbeiten aber daran, ihre Zahl zu vergrössern.** Es ist das Stadium, in welchem wir uns zurzeit in Europa befinden und welches uns glauben lässt, dass ein «laizistischer und europäischer Islam» möglich sei.

2) Der **Dar al-Harb**, in welchem das Land der «Ungläubigen» zur Kriegszone wird, weil es darum geht, etwelchen Widerstand gegen die Eroberung zu brechen, oder weil sich die Muslime zahlenmäßig bereits stark genug fühlen, um die in Phase 1) gezeitigte Vorsicht fallen lassen zu können. Vorzeichen dieser Stufe sehen wir bereits in verschiedenen europäischen Ländern: bürgerkriegsähnliche Krawallszenen in nordenglischen Industriestädten und in den französischen Ballungszentren, bestialische Ermordung eines holländischen islamkritischen Filmschaffenden durch einen fanatischen Mohammedaner, Brandstiftungen und Strassenschlachten in Dänemark zwischen Polizei und muslimischen Demonstranten wegen den dort veröffentlichten Karikaturen des Propheten, unhaltbare Zustände in den Schulen gewisser Berliner Stadtviertel usw. In der Schweiz sind wir zwar noch nicht so weit, aber auch hierzulande wird der islamische Druck und die Ghettoisierung immer spürbarer, was sich unter anderem darin ausdrückt, dass sich Lehrer in den betroffenen Quartieren nicht mehr getrauen, mit ihrer Klasse ein Weihnachtsspiel aufzuführen aus Angst vor der Reaktion seitens der Eltern ihrer muslimischen Schüler. Auf elterlichen Druck dürfen diese Schüler oft nicht am Klassenlager teilnehmen, und die Mädchen müssen vom obligatorischen Schwimmunterricht dispensiert werden.

Diese Ghettoisierung bewirkt, dass die einheimischen Bewohner sich dort zunehmend verunsichert fühlen und sich nach einer anderen Wohngegend umsehen, sofern sie nicht einfach hinausgeekelt werden. So entstehen nach und nach die eroberten Territorien, wo andere Gesetze als diejenigen des Gastlandes herrschen. Kommt es dort zu Schwierigkeiten zwischen den Zuwanderern und der staatli-

Fortsetzung von Seite 8:

chen Autorität, so treten als «kulturelle Vermittler» auftretende islamische Funktionäre auf den Plan und bieten den hilflosen Behörden ihre Unterstützung an. Diese nehmen, um gegen aussen den Schein der Ordnung zu wahren, das Angebot an und geben somit ein Stück der staatlichen Souveränität aus der Hand.

Wie in den dortigen Gebieten auch Gaststätten und Geschäfte «erobert» werden, schildert Dr. iur. Beat Christoph Bäschlin in seinem Werk «Der Islam wird uns fressen!» (Selvapiana-Verlag, CH-6652 Tegna, 1990, S. 34): «Diese besonders in Paris und Umgebung zu wahrer Virtuosität ausgebildete Methode besteht in Folgendem: Möglichst unappetitliche Einwanderer werden angeheuert, um bestimmte Gaststätten aufzusuchen und dort stundenlang bei minimaler Konsumation möglichst lärmig und lästig zu verharren und den bisherigen Stammgästen den Platz wegzunehmen. Gemäss «Antirassismus-Gesetz» von 1972 sind harte Strafen vorgesehen, wenn Afrikaner oder Asiaten aus einem öffentlichen Lokal wegweisen oder ihnen der Zugang verweigert wird. So ist die Ersitzung eines Gastlokals kein Kunststück. Das Antirassismus-Gesetz bewirkt unfehlbar die Pleite jedes von Franzosen oder sonstigen Europäern geführten Betriebes, sobald ein Mohammedaner diesen bloss zu «ersitzen» beschlossen hat.» Eine Warnung an unsere Gastwirte und Ladenbesitzer, denn Art. 261^{bis} StGB (Antirassismus-Strafnorm) lässt nicht mit sich spassen!

3) Der **Dar al-Islam**, die Herrschaft des Islam, ist die Schlussetappe des

Eroberungskrieges. Die Juden und Christen, auf die tiefere Rangstufe der Schützlinge (Dsimmis) versetzt, wofür sie eine besondere Kopfsteuer zu entrichten haben, werden gerade noch toleriert. Die meisten bürgerlichen Rechte werden ihnen abgesprochen, und eine leitende Stellung innerhalb der Gesellschaft ist ihnen verwehrt. Heidnische Polytheisten («Götzendiener») und Atheisten werden schonungslos verfolgt, und die ganze Bevölkerung muss sich den gesellschaftlichen Regeln des Islam beugen.³⁾

Diese Religion der Eroberung kennt keine subversiven, zur Selbstaufgabe führenden Thesen wie die Bergpredigt (Matthäus 5), wo gesagt wird, «wer dich auf die rechte Backe schlägt, dem biete auch die andere dar»; dass dem, der einem den Rock nehmen will, auch der Mantel gelassen werde, und man seine Feinde lieben müsse.

Der Islam hat für Kriecher und solche, die um eines vermeintlichen Friedens willen auf dessen Forderungen eingehen, nur Verachtung übrig. Weitere islamische Ansprüche werden die Folgen dieser Zugeständnisse sein. Bis unsere Gutmenschen jeglicher Richtung und Politiker diese Binsenwahrheit einsehen, dürfte noch viel Wasser die Limmat, den Rhein, die Aare und die Rhone hinunterfliessen. Möglicherweise werden sie erst als minderberechtigte «Dsimmis» zur Einsicht kommen.

1) Mark A. G+abriel 'Islam und Terrorismus', Resch-Verlag DE-82166 Gräfelfing, 2004, ISBN 3-935197-39-X, S. 105/106

2) Guillaume Faye «La colonisation de l'Europe», Editions de l'Aencres, Paris, 2000, ISBN 2-911202-30-9, S. 116

3) G. Faye, S. 110

Max Morf

Schwarze und Latinos besser ärztlich versorgt als Europäischstämmige

Eine Studie aus den USA untersuchte, wer eine schlechte ärztliche Betreuung erhält. Zunächst einmal: Die Patienten kommen lediglich in 54,9% der Fälle in den Genuss der «empfohlenen» Behandlung. Dann: Die Unterschiede zwischen den soziodemographischen Gruppen sind klein, sehr klein: Frauen sind besser versorgt als Männer (56,6 vs. 52,3%), Personen unter 31 Jahren besser als solche über 65 Jahre (57,5 vs. 52,1%), Schwarze und Latinos besser als Weisse (57,6 bzw. 57,5 vs. 54,1%). Haushalte mit einem Einkommen von mehr als 50 000 Dollar pro

Jahr erhielten eine bessere Betreuung als jene mit einem Jahresverdienst von weniger als 15 000 Dollar – aber nur geringfügig: 56,6 vs. 53,1%. Zwar erhielten Frauen eine bessere Behandlung als Männer, aber das betraf weniger die Akutversorgung als vielmehr chronische Erkrankungen, Prävention usw. Merkwürdig! Die Studie beruht auf rund 6700 Personen und 439 Indikatoren für 30 Erkrankungen. Genügt das? Ist der Ansatz richtig?

Schweiz. Medizin-Forum 27/28, 12. Juli 2006

+ Stimme

Tierquälerei auf unseren Strassen

Wer kennt dieses Gefühl nicht: In den Sommerferien bei sengendem Sonnenschein im Stau stehen? – So muss sich ein EU-Schwein vor kommen – Der Bundesrat steht nie im Stau. Ein kurzer Anruf oder die vorzeitige Stauansage genügen, und schon steht ein Hubschrauber parat. Der Bundespräsident und seine Kollegen überfliegen mal in Schnelle den Gotthard und den Belchen. Weit unter ihnen stehen die Schweine zusammengepfercht in ihren Backöfen.



Fahren deutsche Schweine bald hinter Gittern durch die Schweiz nach Italien?

Der Bundesrat hat einmal mehr das Versprechen eines seiner Mitglieder gebrochen. Klammheimlich sollte das Tiertransport-Verbot nach EU-Vorschriften aufgehoben werden.

Wie können Menschen überhaupt auf die Idee kommen, mit ihren Tieren so umzugehen? 29 Stunden auf engstem Raum eingesperrt, und das bei bis zu 35° im Schatten! Was in der EU als Recht gilt, können wir kritisieren, müssen wir akzeptieren, solange es ausserhalb unserer Grenzen geschieht. Weshalb aber das Filet der Herren und Damen Bundesräte schon vor der Schlachtung des Schweins gar sein soll, lässt sich nicht erklären.

Spitzenlöhne aber kaum Kaufkraft

Entgegen den ständigen Diskussionen sind die Löhne in der Schweiz keinesfalls zu tief. Ein Schweizer verdient im Schnitt fast 10 000 (!) Euro mehr pro Jahr als ein Brite. Was der Brite hingegen kann ist, für über 6000 (!) Euro mehr einkaufen als ein Schweizer.

Sowohl in der Schweiz wie auch auf der Insel gibt es Superreiche, deren Gehälter die Statistiken stark in die Höhe gehen lassen. Oder wer von uns kann behaupten, im Jahr 2003 48 000 Euro (das sind etwa 75 000 CHF) verdient zu haben?

Weshalb also kann sich ein Brite mehr leisten als ein Schweizer, dessen Lohn um fast 20% höher ist?

Das liegt am Verhandlungsgeschick der Arbeitgeber, beziehungsweise am Versagen der Gewerkschaften. Wird, wie in der diesjährigen Lohnverhandlungsrunde, 4% mehr Lohn gefordert, erklären die Bosse, dann müssten auch die Preise um 4% ansteigen. Auf den ersten Blick tönt das logisch. Wenn die Arbeiter mehr kosten, wird die Herstellung eines

Produktes teurer, also muss der Verkaufspreis steigen.

Folge davon: Wir haben mehr Geld in der Tasche, können uns aber gleichwohl nicht mehr leisten.

Die Lösung liegt in einer einfachen volkswirtschaftlichen Gleichung: **BIP = Lohnquote + Gewinnquote** oder entsprechend **Preis = Lohn + Gewinn**.

Hier wird aufgezeigt, dass die Preise theoretisch automatisch steigen müssen, wenn wir mehr Lohn bekommen. Praktisch gibt es für uns Arbeitnehmer einen Ausweg: Die Gewinne sinken bei gleichbleibenden Preisen, und somit steigt der Lohnanteil an den Verkaufspreisen.

Bald täglich lesen und hören wir in sämtlichen Medien von Gewinnsteigerungen. Doch müssen die Gewinne jährlich auf das Doppelte anwachsen, ohne dass es uns, der arbeitenden Bevölkerung, besser geht? – Nein!

Um unsere Kaufkraft zu steigern, muss unsere Forderung also wie folgt lauten: **Erhöhung der Löhne zu Lasten der Milliarden Gewinne und somit gleichbleibende Preise!**



Kanton Basel-Land



SD starten Initiative für Schuluniformen

Die Schweizer Demokraten haben beschlossen, im Baselbiet eine «kantonale Volksinitiative für die Einführung von Schuluniformen» zu starten.

Die sozialen Unterschiede in unserer Gesellschaft werden immer grösser. Das manifestiert sich auch an unseren Schulen, wo manche Kinder unter zunehmenden Druck geraten, weil sich deren Eltern keine Markenkleider leisten können. Leider ist immer stärker ein ruinöser Kleiderwettbewerb unter Jugendlichen festzustellen, was oft zu Streit, Neid, Missgunst und so-

zialer Ausgrenzung führt. Und dies unter dem Motto: Wer die schönsten und besten (Marken-)Kleider vorzeigen kann, ist auch der oder die Beste. Diese negative Grundhaltung sollte unsere Gesellschaft nicht noch fördern! Schuluniformen haben beispielsweise in England, in den USA, in Südafrika und auch an einigen Orten Deutschlands dazu geführt, dass da, wo eine Einheitskleidung getragen wird, der Zusammenhalt unter den Schülerinnen und Schülern besser geworden ist. Die Jugendlichen können sich wieder stärker auf das



Schuluniformen mindern soziale Unterschiede.








Wesentliche konzentrieren, nämlich das Lernen.

Auf jeden Fall können mit der Einführung von Schuluniformen ge-

wisse negative Auswüchse etwas gemildert werden. Es ist aber durchaus denkbar, dass man das Tragen einer Schuluniform erst ab einer bestimmten Klasse obligatorisch erklärt oder auch nach oben eine Grenze setzt. Die Initiative sieht diesbezüglich die Möglichkeit von Ausnahmen vor. Es hat sich gezeigt, dass diese Frage in den untersten Schulklassen noch kaum ein Problem ist. Nachdem dieses Thema in unserem Land, aber auch im angrenzenden Deutschland parteiübergreifend (FDP Schweiz, SP Zürich, Kanton St. Gallen, Kanton Basel-Stadt, Politiker deutscher Regierungsparteien) immer ernster diskutiert wird, sollte Baselland den Schritt wagen und eine solche Kleiderregelung einführen. Gemäss diversen Umfragen sind im Übrigen die Schülerinnen und Schüler mehrheitlich für eine solche Regelung. Ausserdem hat das Schuluniform-Auswahlverfahren für den entsprechenden baselstädtischen Versuch gezeigt, dass solche Kleider sehr modisch gehalten sein können.

*Schweizer Demokraten
Baselland (SD)*

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltungen / Stammtisch, Höck, Monatsstamm
 AG	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West Fricktal	Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau Jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
 BL	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr im «Reinacherhof»
 BS	Kantonalpartei Basel	Jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
 BE	Stadt Bern Sektion Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Jeden 1. Freitag im Monat im Restaurant Brunnenhof, Köniz Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
 LU	Innerschweiz	Jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
 SG	Sektion Wil und Umgebung Sektion St. Gallen	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat im Restaurant Fass in Wil. Nähere Informationen unter www.infowil.ch/sd-wil Jeden letzten Mittwoch des Monats ab 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen, St. Gallen, Bus Nr. 1. Nächstes Datum: 25. Oktober 2006: «Das wahre Gesicht des Islam»
 ZH	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Stadt Zürich	Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Linde, Regensdorf-Watt Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn) Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19 Uhr im Restaurant Barino, Hohlstrasse 561, 8048 Zürich, vis-à-vis Bahnhof Altstetten



Section Fribourg et Vaud



Tous les derniers
vendredi du mois au
Café du Velodrome,
à Lausanne,
dès 19 h 30



Kanton Basel-Land



SD kandidiert für den Landrat

Die Schweizer Demokraten des Kantons Baselland haben an ihrer Generalversammlung von einem positiven Rechnungsabschluss für das Jahr 2005 Kenntnis nehmen dürfen. Zudem wurde Landrat Rudolf Keller, Frenkendorf, für ein weiteres Jahr als Kantonalpräsident bestätigt. Er wird damit die SD als Wahlkampfleiter in die kommenden kantonalen, eidgenössischen und kommunalen Wahlen führen.

Einhellig wurde beschlossen, in möglichst allen Wahlkreisen für die Landratswahlen vom 11. Februar 2007 mit eigenen SD-Listen anzutreten. Die 4 bisherigen Landratsmitglieder Margrit Blatter (Reigoldswil), Urs Hammel (Reinach), Rudolf Keller (Frenkendorf) und Bruno Steiger (Allschwil) werden alle nochmals zur Wahl antreten. Nachdem die SD bei verschiedenen regionalen Wahlen in andern Kantonen prozentmässig zulegen, ist es das Ziel, Stimmen zu gewinnen und wieder in Fraktionsstärke in den Landrat einzuziehen. Für die Gesamterneuerungswahlen steht ein finanzielles Budget von rund 100 000 Franken zur Verfügung.

Zu den Regierungsratswahlen werden sich die SD Anfang September äussern. Dann soll auch bestimmt werden, ob es eine SD-Regierungsratskandidatur gibt oder nicht.

Des Weiteren beschlossen die SD-Mitglieder ein allfälliges Referendum gegen das neue Migrationsgesetz beider Basel. Sollten im Landrat nicht genügend Stimmen zusammenkommen, welche eine kantonale Volksabstimmung herbeiführen können, werden die SD mit einer Unterschriftensammlung dagegen antreten. Die bevölkerungsmässige Überfremdung unseres Landes hat wegen der ungehemmten Einwanderung der letzten Jahrzehnte ein Mass erreicht, das eine Integration der Einwandernden kaum mehr zulässt. Insbesondere ist es störend, dass für die Einwanderer immer mehr Kurse und Sonderschulen auf Steuerzahlers Kosten bereitgestellt werden, währenddem Einheimische mit ihren Anliegen immer mehr in den Hintergrund gedrängt werden. Die Einwanderung ist für unsere Gesellschaft zum Defizitgeschäft geworden! Es kann nicht Sache der Öffentlichen Hand sein, all die Einwanderungs-Verursacher-Kosten zu übernehmen. Dies soll jenen aufgebürdet werden, welche von der Einwanderung profitieren.

Die SD kämpfen als einzige Partei konsequent für den Vorrang der Einheimischen auf allen Ebenen.

Rudolf Keller, Landrat / e. Nationalrat, Frenkendorf

Multikulturelle Zeitbombe

Die vereitelten Anschläge auf Flugzeuge in England und die zwei Eisenbahn-Bomber in Deutschland sind ein weiterer Beweis für das Scheitern der von linker Seite prophezeiten Multikulti-Idylle. Denn alle 25 Täter sind Moslems – die meisten pakistanische Zuwanderer der zweiten Generation.

Die hemmungslose Massenzuwanderung aus der islamischen Welt führt somit nicht zur «gegenseitigen Befruchtung der Kulturen», wie die Multikulti-Apologeten unermüdet predigen, sondern zum Entstehen einer multikulturellen Zeitbombe in Europa, die jederzeit explodieren kann.

Damit in Europa nicht eines Tages islamistische Gewaltakte zum All-

tag werden, ist ein grundlegendes Umdenken dringender erforderlich denn je. Nicht eine oberflächliche Integration ist von Zuwanderern aus islamischen Ländern oder anderen Teilen der Dritten Welt zu verlangen, sondern deren Assimilation in die Leitkultur ihres jeweiligen Gastlandes.

Dazu zählt neben dem Erlernen der Sprache des Gastlandes die Annahme der jeweiligen Sitten und Gebräuche ebenso wie die vorbehaltlose Anerkennung der vielbeschworenen europäischen Werte, also jener des christlichen Abendlandes. Noch besser ist ein totaler Ausländer-Stopp.

Eric Weber, e. Grossrat, Basel



Kanton St. Gallen



Kinderfest St. Gallen

Behinderte Kinder nicht ausgrenzen!

In der Stadt St. Gallen findet alle drei Jahre das Kinderfest statt. Früher galten noch Kleidervorschriften, die Mädchen trugen Kleider aus weisser St. Galler Stickerei. Seit einiger Zeit kann sich jeder Lehrer (Lehrerin) mit der Klasse einem Thema widmen, die dazugehörigen Kleider werden geschneidert und dies ergibt einen farbenfrohen Umzug.

Am letzten Kinderfest haben weniger Kinder als je zuvor teilgenommen, u.a. waren Kinder aus Behindertenschulen nicht dabei. Deshalb haben die SD eine Initiative lanciert mit dem Titel «Kinderfest für alle».

Auszug aus dem Text zur Begründung unseres Engagements: «Die Schulordnung ist so zu ergänzen, dass alle Kinder vom 1. bis 9.

Schuljahr, die in der Stadt St. Gallen zur Schule gehen, in Zukunft am ganzen Umzug durch unsere Stadt und am Festakt auf der Kinderfestwiese aktiv teilnehmen dürfen. ... Es ist den Schweizer Demokraten ein Anliegen, dass man nicht nur von der Integration der Behinderten spricht, sondern sie auch aktiv umsetzt. ... Deshalb wollen die Schweizer Demokraten, dass ab dem Kinderfest 2008 alle, auch die behinderten Kinder, dabei sein dürfen.»

Wer beim Unterschriftensammeln (auch während der OLMA) mithelfen möchte, ist herzlich willkommen! Melden Sie sich bei Roland Uhler, Lenastr. 19, 9000 St. Gallen, Tel. 071 278 06 72 oder Natel 079 639 06 07.



Kanton Zug



Wahlen Grosser Gemeinderat Stadt Zug:

SD-Sitzgewinn als Minimalziel

SD/He. Erstmals treten die Schweizer Demokraten (SD) zu den Wahlen vom 8. Oktober 2006 für das Zuger Stadtparlament an. SD-Parteipräsident Richard Flühmann kandidiert zudem für die Stadtzuger Exekutive.

Peter Bernhardsgrütter
1955, Städtischer Angestellter
Zentrale Forderung:
Keine Ghettos!



Unsere Kandidatinnen und Kandidaten:

Richard Flühmann
1961, lic. oec HSG, Geschäftsführer, SD-Kantonalpräsident Zug
Motto: Schweizer zuerst!



Monika Koller
1984, Dipl. Pflegefachfrau DN1
Zentrale Forderung:
Altersheime ins Stadtzentrum!



Gehen Sie am 8. Oktober 2006 unbedingt an die Urne oder wählen Sie ab sofort brieflich ab. Sie helfen uns am besten, wenn Sie die SD-Liste unverändert einlegen und einzig Richard Flühmann auch für die Exekutive berücksichtigen.



Empörtes Getue im Ratssaal...

Ueli Brassler von den Schweizer Demokraten hat soeben klar und deutlich gesagt, was jeden Tag viele tausend ZürcherInnen denken: «Mit der Einwandererflut aus Drittweltländern verliert Zürich in rasantem Tempo seinen Charakter als schweizerisch geprägte, weisse Stadt.» So klare Worte passen der

selbsternannten «politischen Elite»

aus den linken und rechten Altparteien gar nicht! Die hochstudierten Multikulti-Träumer von links schwatzen dauernd von «Integration» und «Toleranz». Sie stossen auf der Dachterrasse mit einem «Cüpli» auf die «multikulturelle Gesellschaft» an, überlassen aber das praktische Zusammenleben mit ihren Schützlingen aus «Exotistan» lieber dem «gewöhnlichen Volk». Den bürgerlichen Geldpolitikern ihrerseits ist egal, ob die Schweiz von Schweizern, Afrikanern oder Asiaten bevölkert ist. Hauptsache, es werden immer mehr.

So wird es immer enger im Land, werden der Boden und die Mieten immer teurer. Dann klingelt bei Banken, Grossverteilern, Bauunternehmern und Immobilienhaien so richtig die Kasse! So sind sich «Linke» und «Rechte» einig, wenn es darum geht, jedes nationale Denken zu verteufeln.

«Rassismus» – ein dummes Schlagwort!

Schon den Schulkindern wird eingetrichtert, man dürfe sich nicht gegen die Überflutung unseres Landes mit immer mehr Ausländern aus immer fremderen Kulturkreisen wehren. Das sei «Rassismus», und der sei ganz schlimm und verwerflich. Welch ein Unsinn!

Jedes Volk hat ein absolutes Recht auf seine Heimat

und seine Identität. Es darf sich zur Wehr setzen, wenn fremde Menschenmassen seinen Boden beanspruchen und ihre Kultur dort einpflanzen wollen. Die Völker Afrikas z.B. haben die weissen Kolonisatoren verjagt – völlig zu Recht. Und niemand sagt deswegen, die Afrikaner seien «Rassisten»! Wieso sollen dann wir Schweizer einfach tatenlos zuschauen, wenn ein Heer von Einwanderern aus exotischen Ländern

unsere Heimat in Beschlag nimmt?

Wir Schweizer Demokraten nennen die Probleme bei ihrem Namen

Im vergangenen Frühling sind mit der Unterstützung vieler ZürcherInnen drei Vertreter der Schweizer Demokraten (SD) in den Zürcher Gemeinderat gewählt worden: Ueli Brassler, Patrick Blöchlinger und Christian Wenger. Sie lassen sich nicht mit Tabus und Sprachmanipulationen (z.B. «Roma» statt «Zigeuner») den Mund verbieten. Sie bringen auf den Tisch, was der Politikerfilz von links bis rechts lieber nicht diskutieren möchte, aber dringend angepackt werden muss. Die SD-Gemeinderäte sind

jeden Mittwoch aktiv für Sie!

Sie haben z.B. mit einer Initiative verlangt, dass Unternehmer, welche neue Ausländer ins Land holen, mit einer Sondersteuer für die hohen Folgekosten aufkommen, die sie verursachen. Nur so gibt es einen Anreiz, den mehr als 100 000 Arbeitslosen wieder Arbeit zu geben, statt im Ausland billigere Arbeitskräfte anzuwerben.

Einige Jahre nach dem Fichenskandal gibt es in Bern wieder einen Geheimdienst, der eifrig oppositionelle – vor allem national denkende – Parteien und Politiker bespitzelt. Mit einer Interpellation verlangen die Schweizer Demokraten Auskunft, ob städtische Amtstellen solche Machenschaften unterstützen.

Weitere SD-Vorstösse betreffen den Schutz junger SchweizerInnen vor Ausländergewalt, die Einführung einer persönlichen Anhörung aller Bürgerrechtsbewerber vor dem Gemeinderat, ein Verbot unnötiger Lichtabstrahlungen in der Nacht (Vogelschutz) usw.

Schweizerinnen und Schweizer! Schreiben Sie uns, wo Sie der Schuh drückt. Auch wenn die Medien unsere Aktivitäten verschweigen, wo immer es geht – wir Schweizer Demokraten sind für Sie da!

Schweizer Demokraten (SD der Stadt Zürich, Postfach 9103, 8036 Zürich

Kein «Waisenkind», dafür ein «Lügenkind»

Geschickt verstand es eine Asylantin aus der Mongolei die linke Polit-Prominenz, die Flüchtlingshilfswerke und die Medien für ihre Anliegen zu mobilisieren.

«Herzlos: Ein 17-jähriges Waisenmädchen wird aus der Schweiz ausgeschafft», schrieb der Blick im Juni 2006 und mobilisierte seine Leser. Da liess sich die Ex-Bundesrätin Ruth Dreifuss nicht zweimal bitten und stellte sich als «Patin» zur Verfügung. Ruth Dreifuss im «Blick»: Unerträglich, dass es in unserem Land Gesetze gibt, die so etwas zulassen!

Für die junge Mongolin schaltete man auch das Fernsehen ein und der Fall wurde im «Club» diskutiert. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe engagierte sich ebenfalls für ihr armes «Waisenkind».

Da die Behörden in Graubünden zuständig für die Asylantin waren, demonstrierten linke und gutgläubige Leute auf der Strasse in Chur.

Alles Lügen

Die Kantonspolizei Graubünden gab nun bekannt, dass die Mongolin kein Waisenkind sei. Ihre Mutter sei sogar Ärztin und auch weitere Familienangehörige leben noch immer in der Mongolei. Ebenfalls sei sie nicht minderjährig, sondern 21½ Jahre alt. Dass auch ihr Name falsch war, passte selbstverständlich auch zur ganzen Lügengeschichte. Stutzig wurden die Behörden, weil das «arme Waisenkind» in den letzten Jahren mehrere Tausend Franken in die Mongolei schickte. Das wusste auch der Blick, dass die Asylantin mehrfach gestohlen hatte und unterschlug es den Lesern. Diese Straftaten waren registriert. Auch die Schweizerische Flüchtlingshilfe wusste Bescheid, stellte aber dennoch einen Wiedererwägungskurs. Dies ist schlicht ein Skandal! Medien und Hilfswerk arbeiteten auf derselben Ebene wie das Lügenkind.

Kurt Koller, Lichtensteig/SG

Wer hat den 2. Libanon-Krieg vom Zaun gerissen?


Immer wieder wird behauptet, die Hizbollah habe den Krieg durch eine Aggressionshandlung gegen Israel willkürlich ausgelöst. Das stimmt so nicht!

In den Morgenstunden des 12. Juli 2006 wurde von mehreren Presseagenturen gemeldet, dass gemäss der libanesischen Polizei (also nicht der Hizbollah!) zwei israelische Soldaten gefangen wurden, als sie versuchten, innerhalb des libanesischen Territoriums in die Stadt Aitaa-al-Chab einzudringen. Die Hizbollah führte dann die zwei Gefangenen in sicheren Gewahrsam – und soll sie bis heute schonend behandeln, weil mit ihrer Rückgabe nach Israel palästinensische Gefangene ausgetauscht werden sollten. Gemäss israelischer

Militärdoktrin wurde dann sofort mit unverhältnismässiger Wucht Vergeltung geübt.

Der Krieg war von den USA und den israelischen Militärs seit Monaten vorbereitet, die Munitions- und Waffenlager durch die Amerikaner aufgefüllt. Man wartete ungeduldig auf einen Vorwand zum Losschlagen – als Einleitung des Krieges gegen den Iran und Syrien. Dass die Hizbollah so nachhaltigen Widerstand leisten konnte, dass sich Syrien trotz Bombardements in Grenznähe nicht provozieren liess, dass sich der Iran klug zurückhielt, hat den beiden genannten Staaten eine Atempause verschafft. Sehr zum Ärger von G.W. Bush und Olmert!

(Red.)



Liebe Leserinnen und Leser

Je kürzer und prägnanter Ihr Leserbrief ist, um so eher sehen wir die Möglichkeit einer Publikation.

Ihre SD-Redaktion



11 septembre à Manhattan – terrorisme planifié



Mary Meissner,
Vernier

Les deux épisodes présentés par la télévision française lundi soir sur les attentats terroristes du 11 septembre 2001 à New York, démontrent clairement la désorganisation planifiée de ce tragique événement. En effet, parallèlement aux minutieuses préparations des terroristes qui durèrent plus de cinq ans, les autorités américaines réagissaient lamentablement sur tous les fronts. On avait l'impression que tout le monde restait indifférent aux informations bizarres de passeports falsifiés, d'études aéronautiques poussées suivies par une trentaine d'étudiants musulmans originaires de pays islamistes, et surtout l'apathie qui suivit le premier attentat dans une des tours du World Trade Center ayant fait plusieurs dizaines de morts. De plus, le FBI et son directeur Hoover, qui savaient beaucoup de choses n'ont jamais informé d'autres services responsables de la sécurité du pays. La cerise sur le gâteau n'était-elle pas l'absence du président Bush lors des faits, ainsi que de centaines «d'initiés», eux aussi portés pâles dans leurs

bureaux respectifs. Même lorsque les terroristes sont arrivés aux USA, ils ont pu passer les portails sans coup férir malgré les objets métalliques qu'ils portaient sur eux. Tout cela sent une organisation planifiée pour faciliter la tâche de destruction. Il y a eu également une phrase concernant un attentat déjoué qui prévoyait la destruction de plusieurs avions de ligne étatsuniens en même temps quelques années avant les crashes sur le World Trade Center d'où probablement les déclarations fracassantes de Tony Blair sur le même topo il y a quelques jours. Tout cela reflète un réel malaise organisé afin de permettre un renforcement de certaines lois contraignantes, d'attaques irréfléchies n'importe où dans le monde pour imposer sa conception d'une politique universelle. Mais cette grande puissance aux pieds d'argile, se trouve tout à coup en face de musulmans au prosélytisme virulent, eux aussi décidés à imposer leur charia sur la planète entière et qui n'hésitent pas à employer les moyens les plus détournés pour arriver à leur fin. Preuve en est l'arrivée massive des émigrants africains se déversant sur les côtes d'Espagne et du Portugal, tous de religion musulmane. Et l'U.E. ne fait presque rien pour les rejeter immédiatement à la mer. Les responsables de notre sécurité occidentale et chrétienne agissent comme les Américains en



11 septembre 2001

jouant à l'autruche ou en perdant leur temps en parlotte et en conférence sur l'Iran. Est-ce pour dé-

tourner l'attention du grand chambardement planétaire qui attend les peuples de la planète Terre?

Polygamie débridée – Well le gourou aux 90 épouses – Restons aux Etats-Unis

Je me demande si le cerveau des gens endoctrinés par ce gourou qui se réclame de Dieu ressemble à une éponge qui avale n'importe quoi sans réfléchir? Des centaines de fidèles suivent ce gourou en lui versant le dixième de leur salaire, ce qui lui rapporte 5 millions de dollars par mois.

Il a pu acheter un immense terrain au Texas, y construire une énorme caserne avec dépendance pour lo-

ger tous les membres de sa secte et la police ne peut y entrer. Des jeunes gens violés par lui ont déposé plainte, mais il a tellement d'argent et de protection d'adeptes complètement obnubilés par ses théorie bondieusardes qu'il est impossible de lui mettre la main dessus. Il a donc épousé 90 femmes, mariées ou pas, et il prétend que les couples n'ont le droit de faire l'amour que pour mettre au monde

des enfants. La tribu en compte des centaines, tous habillés à la mode des petites filles dans la prairie, les mères vêtues de larges robes jusque par terre. Voilà un exemple choquant de la grande nation Américaine qui veut imposer son style de vie à tous. Pas étonnant que les musulmans se révoltent! Et nous que faisons nous? Nous leur permettons de construire des mosquées avec minarets, ils ont obtenu des carrés

dans nos cimetières, certaines banques et autres grosses boîtes acceptent le voile de leurs employées, et même en France la polygamie est tolérée. Je comprends que certaines jeunes filles ont peur de l'uniforme, précurseur d'habillements à l'iranienne ou comme les Talibans. Mais n'allons pas trop loin dans nos suppositions débridées qui ouvrent la porte à toutes sortes d'elucubrations.

Qu'est devenu le tourisme d'antan?

Peut-on dire aujourd'hui que le tourisme est une détente, un plaisir ou une recherche de l'inconnu? Ne pouvant plus me déplacer facilement, ma plus grande tristesse fut de renoncer à mes voyages autour du monde, et ma soif d'aventures s'est lentement calmée. Si je n'en ai pas trop souffert, c'est à cause des changements énormes qui se sont succédés ces trente dernières années dans le sens le plus péjoratif du terme.

Étant entrée dès 1960 dans l'aviation, je me souviens des efforts que nous faisions pour satisfaire des passagers discrets, de l'élégance des repas dans de la vaisselle en porcelaine et de boissons dans des verres en cristal.

Dans certains avions du Golfe, on trouvait même en première classe des services en argent incrustés

d'or représentant l'écusson de la compagnie.

Nous étions tous, passagers et employés, une famille partageant les mêmes idéaux et la joie immense d'être humains volants. Même en transit ou devant les comptoirs d'enregistrement, nous étions reçus avec déférence et gentillesse. Aujourd'hui, il n'y a plus de vaisselle élégante, mais des emballages en plastique, ou rien du tout. Les voyageurs sont devenus des numéros dans une masse multicolore, et c'est tout juste s'il faut remercier les employés lorsqu'ils daignent sourire. La psychose terroriste s'est installée avec toutes les restrictions y relatives et cela va en empirant.

Pourquoi se déplacer dans ces conditions incluant aussi les trajets en voitures qui se sont dégradés à une

vitesse grand V? Tout va très vite et le temps des vacances diminue. Il faut voir le plus possible en un temps record, donc superficiellement. A part quelques paysages flahants et insolites entrevus au passage, il n'y a plus rien à découvrir. Des casernes en béton partout, des autoroutes et des carrefours identiques, des gens habillés de la même façon où que l'on aille, et même la musique a tendance à se mondialiser. Où sont les hôtels japonais aux toits relevés, où des femmes en kimonos se promenaient en arrangeant leur belle coiffure, les quartiers typiques au cœur de petites villes tranquilles, les forêts immenses encore vierges et les lacs aux eaux transparentes? On ne rencontrerait pas de compatriotes mal élevés ou de voisins égoïstes voulant être les premiers partout, vous bousculant sans respect! Les repas dans n'importe quel gargotte étaient soignés pour les touristes reconnaissables et polis et les prix n'assomaient pas le consommateur.

Autrefois la terre était vaste, diverse, amusante, imprévue, mais toujours jolie, inspirant un goût d'aventure, de nouveauté et d'espoir de découvrir encore et encore de lointains horizons inconnus, des plages désertes et des montagnes sans téléphériques.

Peut-on encore appeler tourisme ces déplacements de masse où les individus ont leur portable fixé à l'oreille, où les avions sont détournés et les trains bombardés, où les attentes interminables dans les files de voitures rongent les nerfs des plus patients?

Mais le pire, c'est que si l'homme ne se sent plus étranger nulle part, l'envie de la découverte ne sera plus qu'un vague souvenir. Nous pourrions alors mieux apprécier ce que nous avons tout en essayant de protéger ce qui nous reste.

Maria de Seimners

Le Pileri

Tabac et amiante

Aujourd'hui on reparle des dégâts de l'amiante sur la santé et beaucoup d'ouvriers encore vivants et souffrant de séquelles graves, intentent des procès contre leurs ex employeurs. Entre temps l'usage de l'amiante a été interdit et les carrières encore ouvertes sont strictement contrôlées. Pourquoi, sachant tout cela sur l'amiante concernant l'attaque sur la santé humaine et les conséquences qui en découlent, n'agissons nous pas de la même façon contre la nocivité du tabac. Au lieu de proposer des bonus pour les individus qui se comportent sainement, ne vaudrait-il pas mieux s'attaquer aux cigarettiers en leur interdisant toute production, et aux agriculteurs toute récolte? Que de discussions inutiles et d'initiatives coûteuses en moins? Que de frais hospitaliers économisés! Que d'enfants soustraits à la tentation de s'empoisonner dès leur puberté! Et que de consommateurs heureux de pouvoir manger dans n'importe quel restaurant sans devoir se boucher le nez!

La lâcheté des chasseurs

Quelle tristesse de voir des chasseurs hilares poser derrière la carcasse d'un magnifique cerf lâchement assassiné! La chasse s'est ouverte hier et déjà ce jour'hui,

un bel animal plein de santé et de vigueur, le roi d'un troupeau de biches a été abattu dans les Alpes où d'autres bêtes inoffensives seront tuées. Où est la satisfaction d'attendre bien caché derrière un rocher, le moment propice d'appuyer sur la gâchette pour abattre sans scrupule un animal sans défense? Où est le plaisir de viser un oiseau qui vole dans un ciel bleu pour le voir tomber comme une pierre dans un fourré où le chien ira le ramasser? Les chasseurs égoïstes ne pensent qu'à faire joujou avec leur fusil pour satisfaire une envie de détruire le plus bel aspect de la nature, sans coup férir. Quelle lâcheté, quelle méchanceté gratuite! La vie des animaux est déjà assez difficile sur terre où la plupart d'entre eux naissent avec la peur au ventre et ensuite doivent faire face à la soif, la faim, le froid, la pluie et les grosses chaleurs! Ils viennent au monde sans protection et sans possibilité de se défendre contre toutes les vicissitudes qui les attendent. Petits martyrs, pauvres victimes vivisectionnées, transbahutées, enfermées, torturées ou surchoyées, que venez vous faire sur cette planète peuplée de vampires et de sauvages prédateurs? Je profite de féliciter et de remercier le canton de Genève d'avoir interdit la chasse sur son territoire, malheureusement le plus petit de Suisse.

La soupe est pleine

Tous les dimanches entre onze heures et midi et demi avant les nouvelles et au moment du repas, ce qu'on appelle en bon français d'aujourd'hui «prime time», on doit obligatoirement entendre les échanges gauchistes, les railleries méchantes et le dénigrement de nos autorités par des théâtres marxistes. C'est à vomir et je tenais à l'écrire une fois pour toutes, vu qu'il n'y a pas de réactions à ce fracas de vulgarités.

Y a-t-il vraiment en Suisse tellement d'incapables, de traîtres, de personnages douteux et d'imbéciles? L'intelligence et le bon sens ne se trouvent-ils alors que chez ces gulus suppôts des révolutionnaires léninistes et staliniens? N'avons-nous pas assez de sans papiers, demandeurs d'asile et réfugiés entretenus par nos working poors? Faut-il créer sur les ondes helvétiques un sentiment de haine et de rejet de plus du cinquante pourcent de la population? Faut-il vraiment montrer au monde entier que nous sommes des ploucs? Ces émissions sont un auto-goal programmé par des citoyens désireux de détruire l'image d'une Suisse que nous avons mis 750 ans à paflner et montrer sous son meilleur jour! Ce n'est pas étonnant que certains de nos voisins et autres peuplades d'outre-mer nous crachent dessus et n'ont aucun scrupule à venir nous voler et nous salir! Merci à la RSR et aux promoteurs de la Soupe! *Octopus*

DS 

Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)
- Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates
Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

En parcourant la presse

Ketchup espagnol

Cette année, la rentrée est désopilante et les journaux ainsi que les médias audiovisuels s'en donnent à cœur joie pour additionner les nouvelles les plus ahurissantes comme celle qui nous parvient d'Espagne. J'avoue que l'immense «*gaspacho humain de Bunol*» s'harmonise avec les corridas et autres attaques sataniques sur des animaux sans défense. Lorsqu'on peut s'envoyer à la figure, pendant plus d'une heure, des tomates mures alors que tant de pauvres gens meurent de faim, c'est non seulement idiot, débile et infantin, mais c'est un gaspillage innommable. Surtout qu'il ne s'agit pas de quelques kilos de tomates pourries, mais de dizaines de tonnes jetées aussi bien par les autochtones que par les touristes. Quelle pitié!

Romanichels, tziganes ou Roms?

Ayant été plusieurs fois en Roumanie pour des cures, des reportages ou voir des amis, je confirme que les tziganes dans ce pays sont détestés et les citoyens en ont peur. Leurs coutumes sont tellement différentes de celles du pays, comme c'est d'ailleurs le cas pour la Moldavie, la Tchéquie ou d'autres pays balkaniques, qu'ils sont rejetés dans des ghettos où la pauvreté est présente à chaque coin de rue. Il faut préciser que ces peuples nomades, sans racines, sans lois et considérant le reste du monde comme un Eldorado à piller, provoquent l'ire des citoyens bien établis qu'ils considèrent comme des bétotiens statiques dont ils salopent les près et champs lors de leurs campements provisoires. Cette façon d'être au-dessus des lois, et sans aucune obligation de contribuer à la protection de l'environnement, avec seul horizon la musique, les menus travaux et la mendicité (quand ce n'est pas le vol), refusant de se sédentariser comme la majorité des populations qu'ils phagocytent, il ne faut pas s'étonner des sentiments de xénophobie qui se développent à leur égard. Ce qui m'étonne, c'est qu'on ne les a pas encore affublés du terme de sans-papiers.

Tamouls au Sri Lanka

C'est étonnant que l'ONU ne se démène pas aussi fort vis-à-vis des Sri Lankais agressés, envahis, chassés de leur maison pas milliers

et tués par les Tamouls, comme il le fait pour le Liban. Et pourtant, les morts s'accumulent sous les attaques répétées des Tigres de l'Eelam emmenés par le chef de guerre Valupillal Prabhakaran, venu voler les terres au Nord du Sri Lanka et revendiquant d'autres plages autour de l'île.

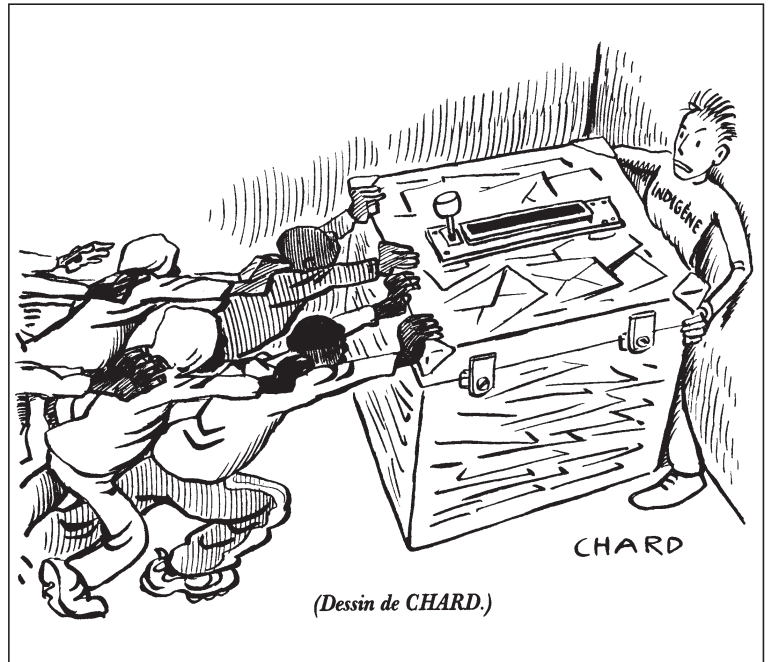
Les morts s'accumulent, les déplacés se comptent par centaines de milliers comme ce fut le cas à Chypre en 1975, et je n'ai pas lu une seule critique à l'égard de ces envahisseurs dans les médias qui relatent les faits sans s'en offusquer et sans demander la médiation de l'ONU.

Je connais bien cette île verdoyante aux plages de sable blond, où le thé est meilleur que partout ailleurs dans le monde, où les gens sont paisibles et pacifiques, et cela me fait mal au cœur quand je vois autant de Tamouls qui restent chez nous au lieu de retourner au Tamil Nadu en Inde pour convaincre leurs coreligionnaires de cesser leurs prétentions et fausses revendications sur le patrimoine Sri Lankais. Pourquoi sont-ils venus demander l'asile chez nous? L'Inde n'est pas un pays dangereux?

Et ces 17 meurtres d'employés d'Action contre la Faim qui ont été perpétrés à Mutur par la soldatesque du LTTR, sont une injure aux ONG qui s'occupent d'aider les victimes du Tsunami. Que fait l'ONU? Elle demande une aide de 37.5 millions de dollars pour renforcer son assistance au Sri Lanka. Et où sont passés les milliards récoltés après l'ouragan? Et où sont les diplomates et Kofi Annan lui-même? Se déplaceront-ils comme ils l'ont fait au Liban?

Neuchâtel se distingue

On sait que ce canton est devenu plus rouge que vert et blanc comme ses armoiries, mais de là à suborner ses citoyens en leur envoyant une lettre pour les inciter à refuser les mesures sécuritaires envers les abus commis par de faux réfugiés le 24 septembre, c'est un peu fort de café. Ses édiles prétendent que c'est leur droit de contrer le Conseil fédéral, mais alors qu'ils cessent de critiquer le manque de collégialité de Christoph Blocher et de Micheline Calmy Rey. Eux vont plus loin, car ils s'expriment au nom de toute la population du canton qui est très divisée sur cette question réprimant les abus. On dirait qu'il n'y a ni dealers, ni agressions, ni abus dans ce canton. Quelle chance!



(Dessin de CHARD.)

Nouvelle poubelle citadine

Grise, bordée de jaune, cette poubelle de 48 litres remplacera l'ancienne corbeille de 30 litres. De plus, elle ne coûtera QUE 500 francs! De qui se moque-t-on à Genève? Ma propre poubelle dans ma cuisine, contient 35 litres. Peut-on m'expliquer pourquoi nos impôts servent à de tels gaspillages? C'est un emplâtre sur une jambe de bois, du pipi de chat et ceci est dû à l'incompétence d'élus au cul-collé dans un bureau. Si ces poubelles avaient une contenance d'au moins 150 à 200 litres, les employés de la voirie n'auraient pas à passer trois fois par jour pour les vider! Avec presque 2 milliards de dettes peut-on parler d'économie. Parce qu'aucune plainte n'a été déposée au sujet de ces corbeilles inesthétiques, Boris Woelflé, chef de la voirie, se réjouit et clame que c'est bon signe. Cela ressemble aux accrocs des machines à sous qui perdent de l'argent sans sourciller.

Viol d'une fillette de cinq ans

Merci Monsieur Blocher d'avoir souligné que les deux garçons de 11 et 13 ans qui ont violé une enfant de cinq ans sont deux Kosovars et Albanais. Avant ces explications j'avais cru qu'il s'agissait de Suisses et j'ai eu très peur. Car l'accès aux DVD non contrôlés qui montrent du porno, Internet aussi, plus l'allure de péripatéticiennes qu'adoptent certaines gamines, font craindre le pire. Ces gamins en pleine puberté dont la libido s'éveille, peuvent facilement prendre comme modèle leurs virtuelles expériences.

Ce que les médias ont peur de dire, c'est que ces deux adolescents sont musulmans et de ce fait inféodés à la charia chère à Hani Ramandan, qui défend des idées rétrogrades sur la condition de la femme devenant un objet, un paillason et une icône couverte de voiles.

Maria de Seimners

Comparaison exclusive

Il existe sur terre des insectes qui pondent leurs œufs directement sur ou dans la femelle. Ces œufs se nourrissent jusqu'à leur maturité des entrailles de leur génitrice qui meurt une fois ses enfants sevrés. Géa, notre mère la Terre ressemble à ces insectes donnant leur vie pour que survivent leur progéniture. Les hommes engendrés par GEA ou venus s'implanter sur elle arrivant du cosmos, agissent de la même façon. Ils vident les entrailles de notre planète, assèchent et polluent ses eaux et les animaux

qui y vivent, empoisonnent les sols détruisant ainsi la végétation, et répandent des miasmes émanant de déchets dangereux dans l'atmosphère. Ils se battent détruisant des endroits idylliques, ils rasant le dos de Gea pour la laisser chauve et la jonchent de cadavres recyclables dans des contrées de plus en plus vastes.

Lorsque notre mère la Terre ne sera plus qu'une coquille vide, nue et polluée, elle ira augmenter les planètes mortes, dans le cimetière cosmique. Charlotte Morel

Ägyptisches Tourismusprojekt in Andermatt:

SD gegen Aushöhlung der Lex Koller

Die Schweizer Demokraten (SD) sind über die fadenscheinige Erteilung einer Ausnahmegewilligung durch den Bundesrat an den ägyptischen Grossinvestor Samih Sawiri für das Grossprojekt in Andermatt empört und künden härtesten Widerstand gegen die Umgehung der Lex Koller an.

Die bundesrätliche Ausnahmebewilligung bedeutet eine Abkehr von der bisherigen Politik und eine klare Umgehung der gesetzlichen Rechtsgrundlage des Bundesgesetzes über den Erwerb durch Personen im Ausland (Lex Koller). Bisher sind Ausnahmegewilligungen aus «staatspolitischen Interessen des Bundes» einzig an juristische Personen wie z.B. den Internationalen Volleyballverband in Lausanne oder den Weltfussballverband Fifa und nie an natürliche Personen erteilt worden. Zudem sehen die SD auch nicht ein, weshalb für das Betreiben eines Erholungs- und Vergnügungsresorts mit Hotels, Freizeitanlagen, Golfplatz und Ferienwohnungen in Andermatt ein staatspolitisches Interesse des Bundes geltend gemacht werden soll.

Der vorliegende Bundesratsentscheid wird nicht ohne Nebengeräusche über die Bühne gehen. SD-Nationalrat Bernhard Hess wird in Flims einen Vorstoss einreichen, in dem er von Bundesrat Christoph Blocher Auskunft über die Aushöhlung der Lex Koller im Fall Tourismusprojekt Andermatt verlangt.

*Schweizer Demokraten (SD)
Bernhard Hess, Nationalrat,
Zentralpräsident*

Roland Schöni, Zentralsekretär

SD hochofret

Die Schweizer Demokraten (SD) sind über die klare Annahme des neuen Ausländergesetzes und des revidierten Asylrechts hochofret. Eindringlich haben die Stimmbürger ihren Willen kundgetan, dass die Schweiz nicht länger Einwanderungsland sein darf.

Alarmiert über die neusten Einbürgerungsrekordzahlen wollen die SD nun vermehrt ihr Augenmerk auf das Einbürgerungsrecht richten. So prüft die SD die Lancierung einer neuen Einbürgerungsinitiative mit dem Titel «Herr im eigenen Haus bleiben!». Staatsbürger soll nur werden, wer sich zur Demokratie bekennt, eine Landessprache beherrscht und unsere Kultur, Wertvorstellungen und die Verfassung anerkennt. Zudem will die SD eine Einbürgerungsfrist von 15 Jahren.

Steigende Mitgliederzahlen bei den Schweizer Demokraten (SD)

Die Schweizer Demokraten (SD) können die Auflage ihrer Parteizeitung «Schweizer Demokrat» massiv steigern. Gemäss Selbstdeklaration zu Händen der Werbemediaforschung (WEMF) konnte die Auflage von etwas unter 10 000 im letzten Jahr auf aktuell 11 693 gesteigert werden. Etwa die Hälfte der 1600 Neuabonnenten haben sich zudem als SD-Mitglieder eingeschrieben. Augenfällig ist die Tatsache, dass ungefähr zwei von

drei SD-Neumitglieder unter dreissig sind. Das Referendum gegen die Ost-Personenfreizügigkeit im vergangenen Jahr und das Sammeln der Unterschriften gegen die Ost-Milliardenzahlung in der Erhebungsperiode vom Juli 2005 bis Juni 2006 führten ebenso zur markanten Aufлагesteigerung wie der Umstand, dass doch einige unzufriedene SVP-Mitglieder bei den Schweizer Demokraten eine neue Heimat gefunden haben.

SD empört über Rassismuskommission

Die Schweizer Demokraten sind entsetzt darüber, was sich die «Eidgenössische Kommission gegen Rassismus» (EKR) in ihrem neuesten Bericht geleistet hat. Da werden allen Ernstes folgende Forderungen gestellt: Gemeinden sollen ihre Bau- und Zonenordnungen ändern, um den Bau von Moscheen und Minaretten zu erleichtern, die Versorgung mit geschächtetem Fleisch soll garantiert (!) sein, Schulunterricht und Lehrpläne sollen an die gemischt-religiöse Realität (!) angepasst werden und an den Universitäten sollen Lehrstühle für islamische Religionswissenschaften geschaffen werden.

Die Schweizer Demokraten lehnen solche Forderungen, die unsere Demokratie und unsere abendländische Kultur und Religion massiv gefährden, in schärfster Form ab. Die SD verlangen von Bundesrat und Parlament, dass man die an Landesverrat grenzende Tätigkeit der EKR endlich in die Schranken weist, um zu verhindern, dass diese immer radikalere und die Schweizer diskriminierende Forderungen stellt. Sonst sind wir nicht mehr weit von einer Diktatur entfernt, in der das Schweizer Volk nichts mehr zu sagen haben wird.

*Dr. Dragan Najman,
Pressechef der SD Schweiz*

Offizielles Organ der Schweizer Demokraten 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Die Schweiz ist keine Milchkuh!



Nein zur EU-Milliardenzahlung



Im Hinblick auf die Abstimmung vom 26. November 2006 planen wir eine Grosse Auflage unserer Parteizeitung «Schweizer Demokrat». Sie haben entweder die Möglichkeit, diese selber zu verteilen oder eine Verteilung durch die Post mitzufinanzieren. Die Kosten betragen Fr. 130.- pro 1000 verteilte Exemplare.

Postkonto: 80-2270-0 / Zentralkasse Killwangen.

Ich bestelle: _____ (Ex.) SD-Zeitungen «Nein zur EU-Milliarde!»

Ich übernehme die Kosten von Fr. _____ (Betrag einsetzen) für die Verteilung. Raum/Gemeinde: _____
Sie können auch einfach einen Betrag spenden. Die SD entscheidet dann über die Verteilungsgend.

Name _____ Vorname _____

Strasse _____ Nr. _____

PLZ _____ Ort _____

Einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern
Fax 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch